

Studienkurs
Politikwissenschaft

Bernauer | Jahn | Kritzinger | Kuhn

Einführung in die Politikwissenschaft

6. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft
an Universitäten und Hochschulen

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende Wissenschaftler:innen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querverweise.

Thomas Bernauer | Detlef Jahn | Sylvia Kritzinger
Patrick M. Kuhn

Einführung in die Politikwissenschaft

6., vollständig aktualisierte und erweiterte Auflage



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1619-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-4537-6 (ePDF)

ISBN 978-3-7489-5588-7 (ePub)

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748945376>

6., vollständig aktualisierte und erweiterte Auflage 2025
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

In diesem Buch werden die wichtigsten Konzepte, Forschungsansätze und Forschungsinhalte der Politikwissenschaft behandelt. Es soll Ihnen, liebe Leser:innen, dabei helfen, aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht interessante politikwissenschaftliche Fragen zu stellen und diese auf der Grundlage gegenwärtiger Forschungserkenntnisse systematisch zu beantworten.

Die Politikwissenschaft untersucht – basierend auf wissenschaftlichen Konzepten, Theorien und Methoden – politische Strukturen, Institutionen, Akteure, Prozesse sowie politische Inhalte im Sinne von Zielen, Strategien und Massnahmen in konkreten Politikbereichen. Sie definiert, beschreibt und erklärt damit ein breites Spektrum politischer Phänomene, welche die Gesellschaft prägen, und liefert dabei Antworten auf Fragen, wie zum Beispiel diese:

- Weshalb unterscheiden sich Bürger:innen im Ausmaß ihrer politischen Beteiligung, zum Beispiel an Wahlen, in Parteien und in Verbänden oder sozialen Bewegungen?
- Begünstigt oder behindert die Demokratie den Umweltschutz, das Wirtschaftswachstum und die Qualität von Bildungssystemen?
- Wie stark ist der Einfluss der Justiz bzw. der Gerichte auf die Politik?
- Weshalb kommt es immer wieder zu Bürgerkriegen?

Solche Fragen können natürlich auch in einem Zeitungsartikel, einer Fernseh- oder Radiosendung oder einem Sachbuch für einen breiten Leser:innenkreis behandelt werden. Der Mehrwert einer politikwissenschaftlichen Analyse liegt jedoch darin, dass sie den zu untersuchenden Gegenstand in Bezug auf mögliche Ursachen und Wirkungszusammenhänge meist theoretisch tiefer durchdringt, und diese dann anhand von Daten zur realen Welt systematisch auf ihren empirischen Wahrheitsgehalt hin überprüft. So lässt sich beispielsweise untersuchen, ob Bürger:innen mit einem niedrigeren Ausbildungsniveau weniger am politischen Geschehen partizipieren, ob Demokratie dem Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und der Qualität von Bildungssystemen mehr oder weniger förderlich ist, ob und wann Verfassungsgerichte einen starken Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben, und ob Kriege in ethnisch-kulturell fragmentierten Staaten häufiger auftreten.

Ansatz und Ziele dieses Buches

Die Lektüre dieses Grundlagenbuches erfordert keine spezifischen Vorkenntnisse. Zum Zielpublikum dieses Buches gehören somit Leser:innen, die mit dem Studium der Politikwissenschaft beginnen, aber auch Studierende aus den Nachbarwissenschaften (z.B. Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Philosophie, Geschichtswissenschaft) und den Ingenieurs- oder Naturwissenschaften sowie politische Praktiker:innen, Lehrende für politische Bildung und weitere Personen, die Grundkenntnisse in Politikwissenschaft erwerben möchten. Wir haben uns bemüht, dieses Buch forschungsnah und damit anspruchsvoll, gleichzeitig aber auch gut lesbar zu gestalten. Insbesondere haben wir versucht, eine enge Verbindung zwischen Theorie und realer Welt (Empirie) herzustellen. Dazu dienen vor allem zahlreiche Beispiele, die wichtige Konzepte, Argumente und Erklärungsmodelle mit realen politischen Phänomenen verknüpfen. Wir legen großen Wert darauf zu veranschaulichen, wie theoretische Konzepte empirisch messbar gemacht und erfasst und aus der Theorie hergeleitete Vermutungen über Zusammenhänge (Hypothesen) systematisch überprüft werden können. Dieses Lehrbuch steht somit in der Tradition der sogenannten empirisch-analytischen Politikwissenschaft. Diese hat sich im Verlauf der letzten fünfzig Jahre zur dominanten Form der wissenschaftlichen Analyse politischer Phänomene entwickelt. Sie strebt eine möglichst objektive, also werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit an.

Das vorliegende Buch zeichnet sich auch durch weitere besondere Merkmale aus: Das politische System des eigenen Staates ist den meisten Leser:innen wohl am besten bekannt. Da dieses Buch für ein deutschsprachiges Publikum bestimmt ist, veranschaulichen wir Konzepte und Theorien vorrangig durch die politischen Systeme der drei (weitgehend) deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz, aus denen auch die Autor:innen stammen. Diese drei Länder weisen bedeutende kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Ähnlichkeiten auf. Ihre politischen Systeme unterscheiden sich jedoch erheblich, was interessante Vergleiche ermöglicht. Viele Fragen der Politikwissenschaft lassen sich durch einen Vergleich der drei genannten Staaten allerdings nur begrenzt untersuchen, zum Beispiel weil alle drei Länder sehr wohlhabende Demokratien sind. Deshalb beziehen wir auch andere politische Systeme in die Betrachtung ein, etwa ärmere Länder und Autokratien. Einen besonderen Stellenwert räumen wir auch der Europäischen Union (EU) ein, weil diese eine einzigartige, den Staaten teilweise übergeordnete (supranatio-

nale) Institution ist und einen großen Einfluss auf die Politik in Deutschland, Österreich, der Schweiz (obwohl diese formell kein EU-Mitglied ist) und vielen anderen Ländern Europas und darüber hinaus hat.

Um Ihnen eine möglichst große Flexibilität bei der Lektüre zu geben, enthalten die meisten Kapitel einige Passagen, die Sie je nach Zeitbudget und Interesse überspringen können, ohne dass Sie bei der Lektüre nachfolgender Kapitel Verständnisschwierigkeiten haben werden. Diese Passagen sind als Exkurse gekennzeichnet und bieten entweder zusätzliche empirische Beispiele oder weiterführende Informationen theoretischer oder methodischer Natur. Lehrende haben damit auch die Möglichkeit, das jeweilige Themengebiet anhand der Exkurse in der Vorlesung oder im Seminar zu vertiefen. Hinzu kommt, dass sich vor allem die Kapitel 3-13 auch gut in unterschiedlicher Reihenfolge lesen lassen, obwohl wir die Lektüre in der nachfolgend gewählten Reihenfolge empfehlen.

Um Ihnen den tiefergehenden Einstieg in einzelne Themengebiete zu vereinfachen, endet jedes Kapitel mit Informationen zu weiterführender Literatur. Das Lehrbuch wird durch ein Glossar und Testfragen ergänzt, die Sie auf einer Internetseite finden: <http://www.ib.ethz.ch/teaching/pwgrundlagen>.

Aufbau des Buches

Der erste Teil des Buches liefert einen Überblick über die Politikwissenschaft und ihre Arbeitsmethoden und -prozesse (Kapitel 1 und 2). Danach wenden wir uns der Beschaffenheit und den Funktionsweisen nationaler politischer Systeme zu, indem wir zuerst Grundformen politischer Systeme und demokratischer Regierungssysteme unter die Lupe nehmen (Kapitel 3 und 4). Es folgen Kapitel zu den einzelnen Bausteinen politischer Systeme, wie sie in Abbildung 0.1 illustriert sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die wichtigsten Akteure des politischen Systems und die Beschaffenheit, Funktionsweise und Wirkung politischer Institutionen. Wir starten mit den Bürger:innen eines Staates (Kapitel 5 und 6), gefolgt von den politischen Intermediären, insbesondere Parteien, Interessengruppen, sozialen Bewegungen und Medien, die als Schnittstellen zwischen den Bürger:innen und den Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems fungieren (Kapitel 7, 8, 9). Danach befassen wir uns mit den Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems – Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung, Verwaltung) und Judikative (Justiz) (Kapitel 10, 11, 12). Wie Abbildung 0.1 zeigt, beeinflussen all diese Akteure die Prozesse in einem politischen System, welches politische «Outputs» (z.B.

Vorwort

staatliche Maßnahmen aller Art) erzeugt, welche wiederum im Sinne einer Rückkopplung auf politische Prozesse der Interessenartikulation, Interessenaggregation, Politikgestaltung und Politikimplementierung einwirken.

Einzelne politische Systeme sollten nicht isoliert betrachtet werden, denn sie interagieren in vielfältiger Weise miteinander (siehe Abbildung 0.1). Im abschließenden Kapitel des Buches (Kapitel 13) beschäftigen wir uns daher mit politischen Phänomenen, die nationale Grenzen überschreiten, zum Beispiel mit internationaler Kooperation, den Ursachen von Krieg, Globalisierung und Protektionismus, der europäischen Integration sowie der globalen Umweltpolitik.

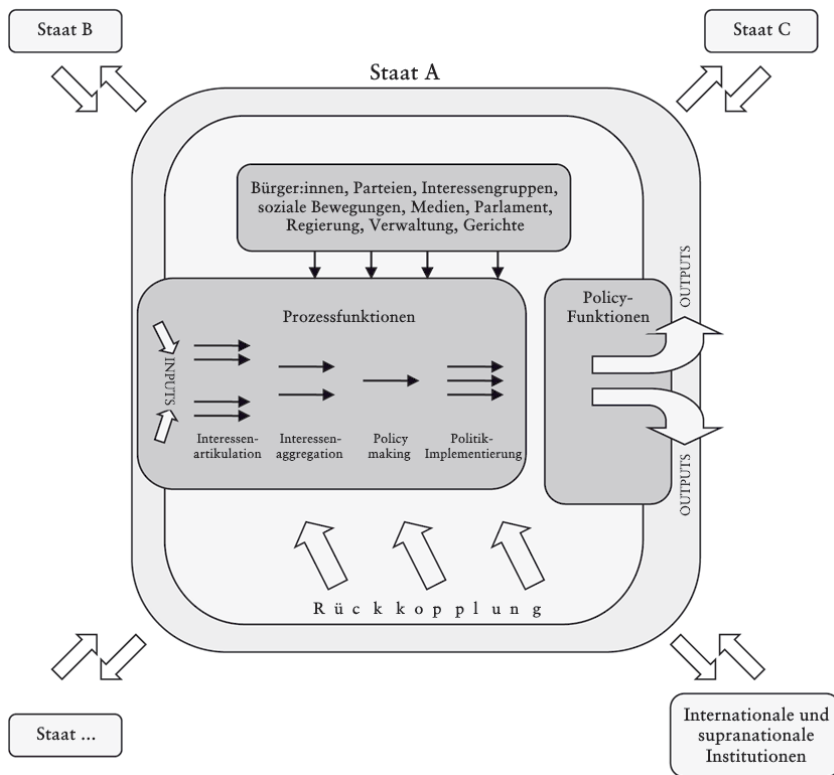


Abbildung 0.1: Funktionen politischer Systeme (Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Powell et al. 2015: 57)

Wir hoffen, dass Sie basierend auf dem Studium der 13 Kapitel dieses Buches interessante politikwissenschaftliche Fragen stellen und fundierte Antworten auf diese Fragen erarbeiten können. Natürlich wissen Sie nach der Lektüre des Buches noch nicht alles, was es im Bereich der Politikwissenschaft zu lernen und zu erforschen gibt. Wir denken jedoch, dass Sie sich hiermit das Grundlagenwissen aneignen können, um in spezifische Bereiche der Politikwissenschaft weiter vorzudringen. Dazu gehören zum Beispiel die Vergleichende Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen, Methoden der empirischen Sozialforschung sowie bestimmte Politikbereiche wie etwa Sicherheitspolitik, Europäische Politik, Konfliktforschung, Politische Ökonomie oder Umwelt- und Technologiepolitik.

Danksagung

Ohne die Hilfe vieler Kolleg:innen, Mitarbeiter:innen und Studierenden hätten wir dieses Lehrbuch nie zustande gebracht. Neben allen Personen, denen wir schon in den vorhergehenden Auflagen gedankt haben, möchten wir Stefanie Walter ganz herzlich danken, die sich mit der 5. Auflage aus dem Autor:innenteam verabschiedet hat. Sie hat sehr viel zu den Auflagen 1-4 beigetragen, auf denen auch die Auflagen 5 und 6 beruhen. Vielen Dank auch an Clara Brügge, Jan Freihardt, Sarah Gomm, Ella Henninger, Isabel Kiani, Alessio Levis, Florian Lichtin, Susanne Rhein und Bernhard Steinwender für ihre Hilfe bei Recherchen und der sprachlichen Überarbeitung und formalen Gestaltung des Manuskripts. Ein großes Dankeschön geht an Pauline Tasche, die uns hervorragend dabei unterstützt hat, viele Teile des Lehrbuches zu aktualisieren und das Manuskript formal zu gestalten. Unser Dank gilt auch Fabiola Valeri vom Nomos Verlag, die unser Buchprojekt ausgezeichnet betreut hat.

Geschlechtergerechte Sprache

Sie kennen sicher das Dilemma zwischen gendergerechter Sprache und *Le-se(r:innen)freundlichkeit*. Wir haben schon etliche Varianten ausprobiert, aber noch keine optimale Lösung gefunden. In dieser Auflage haben wir uns entschieden, nicht von *Bürgerinnen und Bürgern*, sondern von *Bürger:innen* zu sprechen.

Juli 2025

Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Sylvia Kritzinger und Patrick M. Kuhn

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	21
1. Politik und Politikwissenschaft	27
1.1 Was ist Politik?	29
Soziales Handeln	29
Politisches Handeln	30
Breites Verständnis des Politischen	31
1.2 Der Staat als politisches System	32
1.2.1 Ein Blick in die Geschichte	32
1.2.2 Struktur des internationalen Systems	36
1.2.3 Expansion staatlicher Funktionen	39
1.3 Was ist Politikwissenschaft?	41
1.3.1 Drei Teilaspekte der Politik als Studienobjekt	41
1.4 Empirisch-analytische und hermeneutische Politikwissenschaft	42
1.4.1 Empirisch-analytische Forschung	43
1.4.2 Hermeneutische Forschung	46
1.4.3 Normative, präskriptive und prognostische Elemente	49
1.5 Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum	51
1.5.1 Vorboten der modernen Politikwissenschaft	52
1.5.2 Politikwissenschaft in Deutschland	53
1.5.3 Politikwissenschaft in der Schweiz	54
1.5.4 Politikwissenschaft in Österreich	55
1.5.5 Fortschreitende Ausdifferenzierung	56
1.6 Verbindung zu anderen Wissenschaftsgebieten	56
1.7 Fazit	58
2. Der Forschungsprozess	61
2.1 Logik und Ziele der empirisch-analytischen Politikwissenschaft	61
2.1.1 Kernelemente empirisch-analytischer Forschung	61

2.1.2	Spielregeln der Wissenschaft	68
2.2	Der Ablauf empirisch-analytischer Forschung	70
2.2.1	Formulierung einer Fragestellung	71
2.2.2	Entwicklung eines theoretischen Arguments	75
2.2.3	Ableitung von Hypothesen	80
2.2.4	Konzeptdefinitionen	83
2.2.5	Operationalisierung	85
2.2.6	Bestimmung der Untersuchungsform	87
2.2.7	Auswahl der Untersuchungseinheiten	96
2.2.8	Datenerhebung und -erfassung	101
2.2.9	Analyse	105
2.2.10	Publikation	111
2.3	Fazit	113
3.	Grundformen politischer Systeme	117
3.1	Politische Systeme	117
3.2	Demokratie	119
3.2.1	Was ist Demokratie?	119
3.2.2	Merkmale demokratischer Systeme	120
3.2.3	Deutschland, Österreich, Schweiz und die Europäische Union	123
3.3	Autokratische Systeme	127
3.3.1	Monarchien	128
3.3.2	Militärregime	129
3.3.3	Autokratische Zivilregime	129
3.3.4	Globale Verteilungen autokratischer Systemtypen seit 1946	130
3.3.5	Personalisierung und Freiheitsbeschränkungen	131
3.4	Empirische Maße für politische Systemtypen	133
3.5	Auswirkungen des politischen Systemtyps	139
3.5.1	Beispiel 1: Auswirkungen des politischen Systemtyps auf die Bildungspolitik	146
3.5.2	Beispiel 2: Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung	148

3.6	Demokratisierung	151
3.6.1	Drei Demokratisierungswellen	151
3.6.2	Verlauf und Ursachen von Demokratisierungsprozessen	154
3.7	Fazit	160
4.	Demokratische Regierungssysteme	162
4.1	Gewaltenteilung als Fundament demokratischer Systeme	163
4.2	Horizontale Gewaltenteilung	164
4.2.1	Das parlamentarische Regierungssystem	166
4.2.2	Das präsidentielle Regierungssystem	171
4.2.3	Semi-präsidentielle Systeme	175
4.2.4	Die Regierungssysteme Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und der Europäischen Union	178
4.2.5	Auswirkungen unterschiedlicher Regierungssysteme	187
4.3	Vertikale Gewaltenteilung	190
4.3.1	Föderalismus versus Einheitsstaat	190
4.3.2	Vertikale Gewaltenteilung in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Europäischen Union	192
4.3.3	Auswirkungen der vertikalen Gewaltenteilung	194
4.4	Gesamtschau auf die Gewaltenteilung	197
4.5	Die Qualität der Demokratie	202
4.6	Fazit	207
5.	Wahlen und direkte Demokratie	211
5.1	Wahlen und Wahlsysteme	211
5.1.1	Funktionen von Wahlen	211

5.1.2	Institutionelle Merkmale von Wahlsystemen	216
5.1.3	Klassifikationen von Wahlsystemen	221
5.2	Direkte, repräsentative und halbdirekte Demokratie	235
5.2.1	Instrumente der direkten Demokratie	236
5.2.2	Entstehung, Verbreitung und Funktionen direktdemokratischer Instrumente	250
5.3	Fazit	253
6.	Politische Einstellungen und Politisches Verhalten	258
6.1	Die Analyse der öffentlichen politischen Meinung und ihre Wirkungsmechanismen	258
6.1.1	Begrifflichkeiten im Bereich der öffentlichen Meinung	259
6.1.2	Weshalb ist die öffentliche Meinung in liberal- demokratischen Systemen wichtig?	260
6.1.3	Arten und Objekte der öffentlichen Meinung	261
6.2	Die Verortung der öffentlichen Meinung im politischen System	267
6.2.1	Konfliktlinie Zentrum-Peripherie	270
6.2.2	Konfliktlinie Kirche-Staat	270
6.2.3	Konfliktlinie Stadt-Land	271
6.2.4	Konfliktlinie Soziale Klasse: Kapital-Arbeit	271
6.2.5	Konfliktlinie Materialismus-Post-Materialismus	272
6.2.6	Konfliktlinie Integration-Demarkation/ Abgrenzung	273
6.3	Konfliktlinien und Politischer Raum	273
6.4	Politisches Interesse und Politisches Wissen	277
6.4.1	Faktenwissen, Verständniswissen und Fehlinformation	278
6.4.2	Informationsaneignung und -verarbeitung	279
6.5	Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung	280
6.5.1	Wahlbeteiligung	283
6.5.2	Wahlentscheidungen	288
6.5.3	Themensalienz und Themenkompetenz	297
6.5.4	Räumliches Wählen	298

6.6	Demokratische Repräsentation	303
6.6.1	Retrospektives und prospektives Wählen	304
6.6.2	Strategisches und aufrichtiges Wählen	306
6.7	Fazit	308
7.	Parteien und Parteiensysteme	312
7.1	Parteien	313
7.1.1	Definition	313
7.1.2	Funktionen politischer Parteien	314
7.1.3	Klassifikationen von Parteien	316
7.1.4	Die programmatische Position von Parteien	319
7.1.5	Der politische Markt und das Medianwähler:innentheorem	325
7.1.6	Die wichtigsten Parteien Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und der Europäischen Union	328
7.2	Parteiensysteme: Struktur, Dynamik und Wandel	339
7.2.1	Klassifikationen von Parteiensystemen	339
7.2.2	Struktur und Dynamik unterschiedlicher Parteiensysteme	341
7.2.3	Entstehung von Parteiensystemen	345
7.3	Auswirkungen von Parteiensystemen	349
7.3.1.	Auswirkungen auf die politische Leistungsfähigkeit	349
7.3.2	Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	351
7.4	Die Parteiensysteme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz	353
7.4.1	Das Parteiensystem Deutschlands	353
7.4.2	Das Parteiensystem Österreichs	354
7.4.3	Das Parteiensystem der Schweiz	356
7.5	Fazit	357

8. Interessengruppen und soziale Bewegungen	360
8.1 Interessengruppen	361
8.1.1 Was ist eine Interessengruppe?	363
8.1.2 Interessengruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz	365
8.1.3 Organisationsfähigkeit und Einfluss von Interessengruppen	366
8.1.4 Gewerkschaften	374
8.1.5 Die Stellung von Interessengruppen im politischen System	379
8.1.6 Auswirkungen von Korporatismus und Pluralismus	384
8.2 Soziale Bewegungen	389
8.2.1 Was ist eine soziale Bewegung?	389
8.2.2 Soziale Bewegungen im deutschsprachigen Raum	394
8.2.3 Welche Faktoren begünstigen die Entstehung und den Erfolg sozialer Bewegungen?	397
8.2.4 Empirische Forschung zu sozialen Bewegungen	398
8.3 Fazit	406
9. Politische Kommunikationsplattformen	409
9.1 Politische Kommunikationsplattformen und Politik: Verhältnis, politische Funktionen und Strukturen	411
9.1.1 Verhältnis zwischen den politischen Kommunikationsplattformen und dem politischen System	411
9.1.2 Theoretische Forschungsansätze zur Wirkung politischer Kommunikation	415
9.1.3 Politische Funktionen von Kommunikationsplattformen in der Demokratie	422
9.1.4 Art und Struktur von Mediensystemen	423
9.2 Logik der Massenmedien und ihre politischen Folgen	434
9.2.1 Logik des Mediensystems	434
9.2.2 Folgen für die Politik	436

9.3	Kommunikation im Wahlkampf	441
9.4	Fazit	448
10.	Die Legislative	451
10.1	Legislativen: Ein Überblick	452
10.1.1	Entstehung der Legislativen	452
10.1.2	Funktionen von Legislativen	453
10.1.3	Arbeitsweisen von Legislativen	457
10.2	Bikameralismus	459
10.2.1	Historische Wurzeln von zweiten Kammern	459
10.2.2	Unterschiede im Einfluss der zweiten Kammer	463
10.3	Die Parlamente in Deutschland, Österreich und der Schweiz	465
10.3.1	Deutschland: Bundestag und Bundesrat	466
10.3.2	Österreich: Nationalrat und Bundesrat	467
10.3.3	Schweiz: Nationalrat und Ständerat	469
10.4	Das Europäische Parlament (EP)	470
10.5	Einfluss der zweiten Kammer auf den Gesetzgebungsprozess	477
10.5.1	Statisches Modell	478
10.5.2	Dynamisches Modell	480
10.6	Der Gesetzgebungsprozess	482
10.6.1	Der Gesetzgebungsprozess in parlamentarischen Systemen	482
10.6.2	Der Gesetzgebungsprozess in präsidentiellen Systemen	485
10.6.3	Die Rolle des Agenda-Setters im Gesetzgebungsprozess	486
10.7	Fazit	489

11. Regierung und Verwaltung	492
11.1 Entstehung, Organisation, Stellung und Funktionen von Regierungen und Verwaltungen	493
11.1.1 Regierung	493
11.1.2 Verwaltung	499
11.1.3 Regierung und Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz	508
11.1.4 Regierung und Verwaltung der Europäischen Union	512
11.2 Regierungsbildung und politische Handlungskapazität von Regierungen	517
11.2.1 Regierungsbildung in parlamentarischen Systemen	518
11.2.2 Politische Handlungskapazität von Regierungen	527
11.3 Theorien der öffentlichen Verwaltung	530
11.3.1 Bürokratietheorie	530
11.3.2 Empirische Evidenz zur Bürokratietheorie	536
11.3.3 Qualität der Verwaltung	540
11.4 Fazit	545
12. Die Judikative	548
12.1 Rechtsstaat, Demokratie, Verfassung und Judikative	550
12.1.1 Rechtsstaat und Demokratie	550
12.1.2 Verfassung und Judikative	554
12.2 Organisation der Verfassungsgerichtsbarkeit	560
12.2.1 Zwei Grundmodelle der Verfassungsgerichtsbarkeit	560
12.2.2 Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Europäischen Union	565
12.3 Politischer Einfluss der Verfassungsgerichtsbarkeit	571
12.3.1 Konzeptuelle Überlegungen zum Einfluss des Verfassungsgerichts auf die Politik	572
12.3.2 Wie lässt sich der Einfluss von Verfassungsgerichten messen?	578

12.3.3 Empirische Forschung zur Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit	583
12.4 Fazit	593
13. Internationale Beziehungen	596
13.1 Grundstrukturen des internationalen Systems	598
13.1.1 Staatliche Souveränität und Anarchie	598
13.1.2 Relativierung des Souveränitätsprinzips und der Anarchie	600
13.1.3 Herausforderungen	602
13.2 Theoretische Grundperspektiven	605
13.2.1 Liberalismus	606
13.2.2 Realismus	606
13.2.3 Marxismus	607
13.2.4 Konstruktivismus	608
13.3 Politische Gewalt	612
13.3.1 Häufigkeit und Ausmaß von Kriegen	613
13.3.2 Kriegsursachen	615
13.4 Internationale Kooperation und Institutionen	625
13.4.1 Möglichkeiten und Grenzen wirksamer internationaler Kooperation	627
13.4.2 Erfolgsbedingungen internationaler Kooperation	633
13.5 Europäische Integration	636
13.5.1 Integrationstheorien	638
13.5.2 Die Europäische Währungsunion	641
13.6 Fazit	647
Literaturverzeichnis	651
Register	717

1. Politik und Politikwissenschaft

Wer Geschichtswissenschaft, Chemie, Mathematik oder Geografie studiert, erhält in der Schule einen gewissen Vorgeschmack auf die Inhalte des jeweiligen Faches auf universitärer Stufe. Bei akademischen Disziplinen wie Computerwissenschaft, Robotik, Psychologie, oder Politikwissenschaft ist dies weniger der Fall. Meist wird dem Geschichts- oder Gemeinschaftskundeunterricht ein wenig politische Bildung – manchmal auch Staatskunde genannt – beigelegt. Diese beschränkt sich jedoch in der Regel auf die Beschreibung des politischen Systems des eigenen Landes sowie die Diskussion aktueller politischer Themen. Viele Studierende staunen dann auch, wenn in den ersten Monaten des politikwissenschaftlichen Studiums vor allem von Variablen, Hypothesen, Theorien, Modellen, Experimenten und Verfahren zur Datenerhebung und Datenanalyse die Rede ist und über brennende politische Probleme der Gegenwart lediglich in den Vorlesungspausen diskutiert wird.

Haben Sie beim Einstieg in die Politikwissenschaft auf das falsche Pferd gesetzt? Nein. Auch die Autorin und Autoren dieses Buches sind nicht primär aufgrund eines Interesses an Theorien und Forschungsmethoden in die Politikwissenschaft eingestiegen, obgleich bei uns im Verlauf des Studiums und der Forschungstätigkeit das Interesse an den abstrakteren, fundamentaleren Fragen sowie an Theorien und Methoden gewachsen ist. Wir sind, genauso wie Sie, an den *größeren* Zusammenhängen in der Politik sowie an aktuellen politischen Themen interessiert. Wir versuchen jedoch zu vermitteln, dass die Politikwissenschaft ein bestimmtes Set von Werkzeugen (im Wesentlichen Konzepte, Theorien und Methoden) bereitstellt. Diese helfen uns, unser Verständnis von politischen Strukturen, Prozessen, Ereignissen, Verhaltensweisen und Politikinhalten über das bereits existierende Alltagswissen, das Politiker:innen, Journalist:innen und Bürger:innen ebenfalls besitzen, hinaus weiterzuentwickeln. Es geht also darum, sich analytische Fähigkeiten anzueignen, die einen Mehrwert gegenüber dem politischen Alltagswissen erzeugen können. Ein ebenso wichtiges Ziel ist natürlich auch, dem genuin intellektuellen Bedürfnis nach einem tiefergreifenden Verständnis der Politik entgegenzukommen.

Hier ist ein Beispiel – und es werden in diesem Buch noch viele folgen. Nehmen Sie an, Sie sind die Bürgermeisterin von Hamburg, Salzburg oder Bern und Sie möchten wissen, welche Maßnahmen Ihre Stadtregierung ergreifen könnte, um die Innenstadt vom privaten Autoverkehr zu entlasten. Eine Möglichkeit ist, diese Frage im Stadtparlament zu diskutieren, Ihre Angestellten

1. Politik und Politikwissenschaft

bzw. Expert:innen zu fragen, und mit vielen Bürger:innen auf der Straße oder in Publikumsforen zu sprechen. Sie könnten aber auch Politikwissenschaftler:innen bitten, ein sogenanntes Umfrageexperiment durchzuführen. Dafür rekrutieren diese eine repräsentative Zufallsstichprobe von 1.500 Bürger:innen und führen eine Online-Befragung durch. Darin zeigen die Forscher:innen den Befragten paarweise Maßnahmenpakete, die unterschiedliche Einzelmaßnahmen enthalten, welche prinzipiell umsetzbar wären. Beispiele sind eine Erhöhung der Parkgebühren, mehr 30 km/h Zonen, mehr Fußgängerzonen, sowie eine Verbilligung der Ticket-Preise im öffentlichen Verkehr in der Innenstadt. Diese Maßnahmen und ihre konkrete Ausgestaltung werden zufällig in die Vergleichspaare eingefügt (Randomisierung). Hier zur Illustration ein Beispiel:

Vorschlag A	Vorschlag B
10% Erhöhung der Parkgebühren	50% Erhöhung der Parkgebühren
50% mehr 30 km/h Zonen	10% mehr 30 km/h Zonen
20% mehr Fußgängerzonen	50% mehr Fußgängerzonen
5 % Verbilligung der Ticket-Preise im öffentlichen Verkehr in der Innenstadt	40 % Verbilligung der Ticket-Preise im öffentlichen Verkehr in der Innenstadt
Ich bin...	Ich bin...
sehr dafür	sehr dafür
eher dafür	eher dafür
eher dagegen	eher dagegen
sehr dagegen	sehr dagegen

Abbildung 1.1: Beispiel für ein Choice-Experiment (Quelle: eigene Darstellung)

Die Befragten vergleichen dann mehrere solcher Paare von Maßnahmenpaketen und geben an, welches der beiden gezeigten Maßnahmenpakete sie wie stark befürworten oder ablehnen. Im Fachjargon wird diese Methode als Choice Experiment bezeichnet. Durch diese Datenerhebung und die nachfolgende Analyse der Daten, die auf statistischen Berechnungen beruht, können Sie herausfinden, welche Maßnahmenpakete sowohl verkehrsreduzierend (wirksam) als auch politisch akzeptabel sind, und welche Einzelmaßnahmen

innerhalb der Maßnahmenpakete mehr oder weniger Zustimmung erhalten. Selbst wenn die Stadtregierung dazu schon vorweg ein gewisses *Bauchgefühl* hatte, das auf vielen politischen Diskussionen beruht, kann das Umfrageexperiment einen klaren Mehrwert bieten, weil es ein repräsentatives Bild der Politikpräferenzen in der Bevölkerung liefert und die kausalen Effekte bestimmter (noch hypothetischer) Maßnahmen auf die öffentliche Akzeptanz zuverlässig schätzt. Die Bürgermeisterin der Stadt weiß nach Durchführung einer Studie dieser Art somit mehr darüber, welche Maßnahmen größere Chancen haben, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden.

Bevor wir den Forschungsprozess (Kapitel 2) und zentrale Forschungsbereiche der Politikwissenschaft (Kapitel 3–13) näher betrachten, werfen wir nun aber zuerst einmal einen Blick darauf, was Politik und was Politikwissenschaft ist. Dazu befassen wir uns mit drei Fragen: 1. Was ist Politik? 2. Was ist ein Staat bzw. ein politisches System? 3. Was ist Politikwissenschaft? Die Beantwortung dieser Fragen gibt erste Hinweise darauf, an was Politikwissenschaftler:innen interessiert sind und wie sie arbeiten.

1.1 Was ist Politik?

In sehr allgemeiner Form lässt sich Politik definieren als soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln. Wir diskutieren im Folgenden die wichtigsten Elemente dieser Definition (vgl. auch Jahn 2013; Patzelt 2007).

Soziales Handeln

Bei sozialem Handeln geht es um das Verhalten von Menschen. Das menschliche Verhalten ist einerseits geprägt durch persönliche Merkmale psychischer und biologischer Natur. Andererseits ist es auch geprägt durch das gesellschaftliche Umfeld – zum Beispiel durch Erwartungen der Familie oder anderer Menschen, staatliche Gesetze, ungeschriebene kulturell oder religiös bedingte Normen, Werte und Wertorientierungen – sowie durch nicht oder nur indirekt von Menschen beeinflussbare Faktoren, wie beispielsweise Klima und Geografie.

Soziales Handeln bedeutet, dass ein Mensch in direkter Verbindung zu anderen Menschen handelt (Weber 1976 [1922]). Wenn ich entscheide, bei

1. Politik und Politikwissenschaft

einem Vulkanausbruch wegzulaufen oder bei einsetzendem Regen einen Regenschirm zu öffnen, kann ich dies problemlos ohne nennenswerten Kontakt zur Außenwelt tun. Somit handle ich nicht sozial. Wenn ich mit meinen Freund:innen einen gemeinsamen Konzertbesuch plane, ist dieses Handeln sozial. Der Begriff *sozial* hat in diesem Zusammenhang keinen wertenden Charakter (im Sinne von gut oder schlecht). Wenn vier Personen zusammen eine gewalttätige Demonstration organisieren, ist auch dies soziales Handeln. Soziales Handeln ist also immer interaktiv.

Durch soziales Handeln entsteht sozial konstruierte Realität (z.B. soziale Netzwerke oder eine nationale Identität). Sie wird durch soziales Handeln geschaffen, gefestigt und kann sowohl kontinuierlich (z.B. durch unser Konsumverhalten) als auch abrupt (z.B. durch Wahlen oder einen Terroranschlag) verändert werden. Soziales Handeln kann sich in Form von Rollen, d.h. schematisierten Handlungen, verstetigen bzw. institutionalisieren (z.B. die Rolle von Gemeindepräsident:innen). Soziale Rollen und Institutionen stabilisieren die gegenseitigen Erwartungen von Menschen. So ist der Prozess vom Flirt zur Romanze zur Lebenspartnerschaft oder Ehe ein Prozess der Verstetigung von Rollen und eine Institutionalisierung. Gleiches gilt für den Prozess, in dem sich etwa eine Umweltbewegung zu einer grünen Partei entwickelt. Auch Organisationen wie die Deutsche CDU, Greenpeace und die Vereinten Nationen (UNO) sind im Kern institutionalisierte Systeme von Menschen, die bestimmte Aufgaben und Funktionen sowie Rollen einnehmen. Gemäß Douglass North (1991) sind Institutionen somit durch Menschen geschaffene Rahmenbedingungen (*constraints*), die politische, wirtschaftliche und soziale Interaktionen strukturieren. Sie bestehen aus informellen Rahmenbedingungen (z.B. Tabus, Bräuche, Traditionen und Verhaltensnormen), aber auch aus formellen Regeln wie Verfassungen, Gesetzen und Besitzrechten.

Politisches Handeln

Soziales Handeln wird dann politisch, wenn es auf allgemein verbindliche Entscheidungen und gesellschaftliche Steuerungsmechanismen hinwirkt. Entscheidungen können von Einzelpersonen oder durch Gruppen von Personen gefällt werden. Steuerungsmechanismen können in Form von Gesetzen, administrativen Verfahren, Deklarationen, informellen Vereinbarungen, ungeschriebenen Normen oder Gewohnheiten sowie damit verbundenen Organisationen auf lokaler bis globaler Ebene Gestalt annehmen. Sie können auf Einzelfälle bezogen sein (z.B. Truppen ins Ausland zu schicken) oder dauerhaft gelten (z.B. Gesetze zum Schutz der Menschenrechte). Sie sind darauf ausge-

richtet, Handlungsvorgaben zu machen, die allgemein verbindlich sind, d.h. die von allen Mitgliedern einer bestimmten Gruppe von Menschen akzeptiert und befolgt werden müssen. Politische Steuerungsmechanismen dauerhafter Natur werden häufig auch politische Institutionen genannt (siehe Definition von North). In der Regel steigt der Bedarf an allgemein verbindlichen Handlungsvorgaben und langfristig orientierten Institutionen mit der Komplexität und Größe einer Gesellschaft (mehr dazu später).

Die allgemeine Verbindlichkeit politischer Entscheidungen oder Steuerungsmechanismen kann sich auf eine lokale Gruppe von Menschen (z.B. Anwohner:innen einer Straße), auf die Bevölkerung eines Staates oder auf die ganze Weltbevölkerung beziehen. Beispiele sind lokale Bauvorschriften, landesweite Mindestlöhne und Sozialleistungen und die von der UNO vertraglich festgelegten Menschenrechte. Steuerungsmechanismen beinhalten meist auch organisatorische Strukturen, die der Umsetzung von Handlungsvorgaben (v.a. Überwachung, Durchsetzung, Streitschlichtung) und deren Weiterentwicklung dienen. Beispiele sind das Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU) und die Welthandelsorganisation (WTO).

Ob die allgemeine Verbindlichkeit tatsächlich erreicht wird, ist für unsere Definition des Politischen unwesentlich. Auch gescheiterte Versuche, allgemein verbindliche Handlungsanweisungen zu schaffen, sind für die Politikwissenschaft interessant. Beispiele sind Bemühungen zur Abschaffung der Todesstrafe in den USA und zur Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene in Deutschland. Für die Definition von Politik ist ebenfalls unerheblich, ob die angestrebte Verbindlichkeit aus Sicht der bestehenden Rechtslage legal ist oder ob sie moralisch vertretbar und sinnvoll erscheint. Beispiele sind die Anschläge der Al-Qaida in New York und Washington im Jahr 2001. Diese Anschläge waren gemäß den geltenden Gesetzen illegal und mit den Moralvorstellungen der großen Weltreligionen nicht kompatibel. Dennoch hat Al-Qaida politisch gehandelt und die genannten Ereignisse sind somit aus Sicht der Politikwissenschaft relevante Studienobjekte.

Breites Verständnis des Politischen

Wie die zuvor genannten Beispiele zeigen, befasst sich die Politikwissenschaft mit einem breiten Spektrum politischer Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Verhaltensweisen und Inhalte. Das traditionelle Verständnis des Politischen, welches politische Handlungen vorwiegend als Handlungen des Staates und seiner Organe sowie Handlungen der Regierten in Bezug auf diese Organe

1. Politik und Politikwissenschaft

(z.B. Wahlen) betrachtet, nimmt dabei einen wichtigen Stellenwert ein (mehr dazu später). Unsere Definition von Politik bedeutet jedoch, dass die traditionelle Trennung in eine private (Privatleben, Märkte) und eine öffentliche Sphäre (Politik, Staat), wie sie den Vordenker:innen des liberal-demokratischen Verfassungsstaates vorschwebte (siehe Kapitel 3 und 4), zunehmend verschwimmt. Abbildung 0.1 im Vorwort dieses Buches verdeutlicht dies, indem sie den Bereich der intermediären Politik betont. Die in diesem Bereich politisch handelnden intermediären Akteure (Parteien, Interessengruppen, soziale Bewegungen, Kommunikationsplattformen) spielen einerseits eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Interessen und Forderungen der politischen Basis (Bürger:innen) in die Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems hinein. Andererseits entfalten Akteure der intermediären Politik auch eigenständige politische Steuerungsfunktionen – zum Beispiel in dem die Medienberichterstattung die öffentliche Meinung beeinflusst oder Industrieverbände und die Zivilgesellschaft Zertifizierungs- und Labelssysteme für globale Lieferketten anbieten.

1.2 Der Staat als politisches System

Politisches Handeln findet in politischen Systemen statt. Der wichtigste Bezugsrahmen politischen Handelns innerhalb der im Vorwort gezeigten Abbildung 0.1, welcher auch die Grundstruktur dieses Buches prägt, ist der Staat. Wir befassen uns deshalb an dieser Stelle mit zwei Fragen: Wie ist das politische System des modernen Staates entstanden? Wie lässt sich ein Staat definieren bzw. beschreiben?

1.2.1 Ein Blick in die Geschichte

Rudimentäre Formen der politischen Organisation von Gesellschaften, also Vorläufer des heutigen Staates, lassen sich bereits im 6. Jahrtausend v. Chr. ausfindig machen. Diverse politische Organisationsformen haben seither die Weltgeschichte geprägt, vor allem Kaiser- und Königreiche, Theokratien, Stadtstaaten, Städtebünde und religiöse Orden. Erst relativ spät, in den letzten vier bis fünf Jahrhunderten, wichen diese Organisationsformen dem modernen National- bzw. Territorialstaat (Breuer 1998; Cederman 1997, 2001; Tilly/Blockmans 1994). Bezeichnenderweise erscheint der Begriff *Staat* erst ab dem 16. Jh. in der Literatur, so beispielsweise im 1532 erschienenen Buch „Il Principe“ (Der Fürst) von Niccolò Machiavelli. Ab dem späten 18. Jh. fand der Begriff auch im deutschen Sprachraum zunehmende Verbreitung.

Kriegsführung und Staatenbildung haben sich über weite Strecken der Weltgeschichte gegenseitig verstärkt. Die Beschaffung von Ressourcen von der unterworfenen Bevölkerung war für die Sicherung erobelter Gebiete und zur Vorbereitung auf weitere kriegerische Auseinandersetzungen unabdingbar. Üblicherweise war die Bevölkerung nur mit Zwang und Gewalt sowie gegen Entschädigungen dazu bereit, Herrschenden diese Ressourcen zu gewähren. Dies führte in vielen Fällen zu Allianzbildungen zwischen den Eroberern und den mächtigsten Bevölkerungsgruppen vor Ort sowie zu einem Ausbau von Schutz- und Konfliktlösungsmaßnahmen seitens der Herrschenden zugunsten der lokal ansässigen Bevölkerung. Aus politischen Organisationsformen, die in ihrer ursprünglichen Form weitgehend als Kriegsmaschinerien bezeichnet werden können, entwickelten sich so mit der Zeit multifunktionale staatliche Institutionen.

Zumindest im europäischen Raum übte im 16. und 17. Jh. insbesondere der Übergang von relativ kleinen Söldnerheeren zu großen Armeen, die aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert wurden, einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung staatlicher Strukturen aus. Diese Entwicklung steigerte vor allem die Fähigkeit der Herrschenden, Ressourcen (z.B. Steuern) aus der Bevölkerung zu extrahieren. Gleichzeitig erfolgte damit eine Verstärkung der direkten Herrschaft, indem die Herrschenden eine weitreichende Kontrolle über ihre Untertanen erlangten. Andererseits stiegen durch die Bildung großer Volksheere aber auch die Ansprüche der betroffenen Bevölkerungsgruppen an die Herrschenden. Anliegen wie Rechte auf Vergütungen für ihre Dienste vermochten die Soldaten in zunehmendem Maße durchzusetzen, da die Herrschenden auf diese Dienste angewiesen waren.

Mit Ende des Mittelalters (ca. 1500) hatten sich in Europa, der Wiege des modernen Staates, drei politische Organisationsformen herauskristallisiert: der souveräne Territorialstaat (z.B. in Frankreich und England), Städtebünde (z.B. der Süddeutsche Städtebund) und Stadtstaaten (z.B. Neapel im heutigen Italien). Diese drei politischen Organisationsformen hatten sich vielerorts gegenüber feudalen Herrschaftsstrukturen (d.h. Feudalherren, katholische Theokratie und Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation) durchgesetzt. Alle drei Organisationstypen können als Staaten bezeichnet werden. Der souveräne Territorialstaat setzte sich als Staatsmodell letztlich durch und wurde zur dominierenden Organisationsform des Staates schlechthin (Spruyt 1994). Er beruht auf dem Prinzip, dass die Autorität der politischen Entscheidungsträger:innen (des Souveräns) territorial beschränkt ist und dass der Souverän keine andere Autorität über sich selbst anerkennt. Damit geht auch der An-

1. Politik und Politikwissenschaft

spruch des Souveräns auf die höchste Autorität im Staatsinneren einher. Der souveräne Territorialstaat ist somit geprägt durch eine klare Abgrenzung nach außen und durch eine starke interne Hierarchie.

Im Wesentlichen wurde die Entwicklung hin zum Modell des souveränen Territorialstaates dadurch begünstigt, dass die feudale politische Ordnung des Mittelalters sich in zunehmendem Maße als ungeeignet für das sich allmählich ausbreitende vorkapitalistische Umfeld erwies (Marx 1867). Letzteres manifestierte sich in Form eines stärkeren Wirtschaftswachstums und der Expansion des Fernhandels zwischen dem 11. und dem 15. Jh. Vor allem die Städte und ihre Handel treibenden Bürger:innen spielten in diesem wirtschaftlichen Transformationsprozess eine entscheidende Rolle. Zwischen den städtischen Eliten und anderen sozialen Gruppen entstanden verschiedene Koalitions- und Kooperationsformen. Daraus resultierten unterschiedliche institutionelle Antworten auf die Krise der feudalen mittelalterlichen Ordnung. In Frankreich und England entstanden souveräne Territorialstaaten, in Deutschland organisierten sich Städte in Städtebünden, und in Italien setzten sich die Stadtstaaten durch. Österreich und die Schweiz lassen sich diesen drei Modellen nicht eindeutig zuordnen. Österreich blieb bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1918) ein im Vergleich zu Frankreich und England weniger zentralistisch geregelter Vielvölkerstaat mit feudalistischen Zügen. Die Schweiz entsprach bis 1848 – dem Gründungsjahr des heutigen Bundesstaates – dem Modell eines Staatenbundes mit sehr heterogenem Teilnehmerkreis. Eine Unterbrechung dieser Tradition stellt dabei die zwischen 1798 und 1803 unter napoleonischer Besatzung bestehende und nach französischem Vorbild zentralistisch organisierte Helvetische Republik dar. Die Organisationsform des souveränen Territorialstaates setzte sich letztlich im Zeitraum vom 14. bis zum 19. Jh. gegenüber den Städtebünden und Stadtstaaten durch.

Der Westfälische Friede, der im Jahre 1648 das Ende des Dreißigjährigen Krieges besiegelte, wird gemeinhin als Beginn des modernen Staatensystems begriffen. Darin sicherten sich die Staaten Europas gegenseitig zu, keine gleichgesinnten religiösen Gruppierungen in anderen Staaten in ihrem Kampf gegen die zentrale Staatsgewalt zu unterstützen. Sie verpflichteten sich somit zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Gleichermaßen sollte es keine den Staaten übergeordnete (supranationale) Macht geben. Diese internationale Vereinbarung war der Ausgangspunkt für die territorial bezogene Autorität des modernen Staates (Breuer 1998; Reinhard 2007).

Der souveräne Territorialstaat wird heute als Vereinigung von Menschen innerhalb eines abgegrenzten geografischen Raumes definiert, die einer souveränen Herrschaftsgewalt unterworfen sind. Gemäß der *Drei-Elemente-Lehre* des Völkerrechts besteht der souveräne Territorialstaat somit aus einem Staatsvolk (eine Bevölkerung, die durch dieselbe Staatsangehörigkeit verbunden ist), einem klar definierten und gegen außen abgegrenzten geografischen Gebiet sowie einer Staatsgewalt, die durch die Kontrolle bestimmter Staatsorgane über das Staatsgebiet und die sich darin befindenden Personen zum Ausdruck kommt (Hobe 2020).

Der souveräne Territorialstaat erwies sich im Sinne der ökonomischen Effizienz und des (damit verbunden) militärischen Potenzials sowie der politischen Stabilität als erfolgreicher als die Organisationsformen des Städtebundes und des Stadtstaates. Die Herrschenden souveräner Territorialstaaten hatten erkannt, dass eine Ankurbelung der Wirtschaft und die Förderung des Handels ihren eigenen Interessen zugute kamen. Im Inneren bekämpften sie den wohlfahrtsmindernden feudalen Partikularismus. Nach außen schufen sie Bedingungen, die eine stabile und längerfristig orientierte Zusammenarbeit mit anderen Staaten und ihren Bevölkerungen ermöglichten. Dadurch erhielten sie die Unterstützung der Städte und damit auch der wichtigen Kapitalbesitzenden. Indem sie den Wohlstand in ihrem jeweiligen Staatsgebiet förderten, erhöhten sie auch ihre Fähigkeit, Ressourcen für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren und ein entsprechendes militärisches Potenzial zu schaffen. Die Mitglieder von Städtebünden sowie andere Typen staatlicher Gemeinwesen (z.B. das Großherzogtum Baden, das Königreich Württemberg und die Kantone im Gebiet der heutigen Schweiz) schlossen sich im Laufe der Zeit entweder bereits existierenden oder neu entstehenden Territorialstaaten an oder kopierten schließlich dieses Staatsmodell (Spruyt 1994; Tilly 1992). So wurden beispielsweise 1848 der Schweizer Bundesstaat, 1861–1870 Italien und 1871 das Deutsche Reich geschaffen.

Der Nationalismus des 19. und 20. Jh. ist eng mit der Staatenbildung verbunden. Er verknüpfte politische Macht mit kultureller oder ethnischer Homogenität. Zusammen mit der Demokratisierung politischer Systeme, d.h. der zunehmenden Mitwirkung breiter Bevölkerungsschichten an politischen Entscheidungsprozessen, ausgehend von den USA und Teilen Westeuropas, verstärkte diese Homogenität in der Regel die Legitimität von Regierungen. Diese gesteigerte Legitimität wiederum verschaffte den Regierenden bessere Kontrollmöglichkeiten im jeweiligen Territorium (z.B. zu Zwecken der Steuererhebung oder Kriegsführung). Kulturelle und ethnische Homogenität zusammen

1. Politik und Politikwissenschaft

mit Demokratie (in verschiedenen Ausprägungen) sind bezeichnenderweise ein fester Bestandteil der *nationalen Selbstbestimmung* im Rahmen zeitgenössischer Debatten um das Anrecht bestimmter Bevölkerungen auf einen eigenen Staat.

1.2.2 Struktur des internationalen Systems

Mit Ausnahme der weitgehend unbesiedelten Pole ist die Landmasse unseres Planeten (149 von insgesamt 510 Millionen Quadratkilometern) unter rund 200 Staaten aufgeteilt. Wie ist diese Struktur des internationalen Systems entstanden?

Das in Europa entstandene territorialstaatliche Organisationsprinzip kam im 18. Jh. auch in den USA, im 19. Jh. in Lateinamerika und im 20. Jh. praktisch auf dem Rest unseres Planeten zur Anwendung. Die Gründe für diese *Globalisierung* des souveränen Territorialstaates sind vielfältig und umfassen unter anderem die folgende Aspekte: Erstens konnte aufgrund der gegenseitig abgegrenzten Herrschaftsräume in Europa kein territorialer Herrschender seine Untertanen in dem Maße ausbeuten, wie dies einem feudalen Herrschenden möglich war. Die Untertanen besaßen prinzipiell die Möglichkeit, einen Territorialstaat zu verlassen und in einem anderen Staat Zuflucht zu suchen (vgl. die Flucht der Hugenotten aus Frankreich oder die Migration der Juden). Die Legitimitätsbasis und damit oft auch die Kohäsion souveräner Territorialstaaten waren deshalb meist größer als im Falle anderer staatlicher Organisationsformen. Zweitens wurde die Entwicklung der einzelnen Territorialstaaten in Europa durch ein kompetitives Verhältnis zueinander vorangetrieben. Der Wettbewerb zwischen den Territorialstaaten förderte die innerstaatliche Entwicklung und institutionelle Innovation. Er machte die europäischen Territorialstaaten häufig zu militärisch und politisch schlagkräftigen Akteuren. Drittens erwiesen sich Großreiche, wie beispielsweise das alte China, als wenig kompatibel mit dem internationalen System der souveränen Territorialstaaten – nicht zuletzt, weil sie keine territorialen Grenzen ihres Herrschaftsanspruches anerkannten. Territorialstaaten akzeptierten nur ähnlich strukturierte Staatswesen und integrierten diese in die internationale Arbeitsteilung. Den nichtterritorialstaatlichen Gemeinwesen blieben deshalb wichtige (v.a. auch wirtschaftliche) Vorteile der internationalen Zusammenarbeit vorenthalten.

Die durch größere wirtschaftliche Effizienz und straffere innerstaatliche Organisation gewonnenen Machtressourcen vieler Territorialstaaten kamen spätestens im Zeitalter der Kolonialisierung, also ab dem 16. und 17. Jh., verstärkt

zur Geltung. Durch ihre Herrschaft über weite Gebiete Amerikas, Asiens, Ozeaniens und Afrikas legten die europäischen Staaten den Grundstein für die heutigen Territorialstaaten auf diesen Kontinenten. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Kolonialzeit ihrem Ende entgegenging, standen für die betreffenden Unabhängigkeitsbewegungen allenfalls noch unterschiedliche Wirtschafts- und Regierungsmodelle, die in den existierenden Territorialstaaten bereits praktiziert wurden, zur Auswahl – nicht mehr aber die Form des souveränen Territorialstaates selbst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Recht der Völker auf Selbstbestimmung von der Fähigkeit zur Selbstorganisation im Rahmen eines Staates abgekoppelt. D.h., das Recht auf einen eigenen Staat hing fortan aus völkerrechtlicher Sicht nicht mehr von der Fähigkeit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ab, ein eigenes Staatswesen wirksam etablieren und unterhalten zu können. Noch in der Zwischenkriegszeit (1919–1939) hatte der Völkerbund die althergebrachte Doktrin aufrechterhalten, welche die Fähigkeit und das Recht zur Unabhängigkeit eng miteinander verknüpfte. 1960 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, dass mangelnde Fähigkeiten auf politischem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet kein Grund für den Aufschub der Unabhängigkeit und damit der Konstituierung eines souveränen Territorialstaates sein dürfen (Crawford 2006; Hobe/Kimminich 2008). Dieser Schritt verursachte erhebliche Herausforderungen, die bis heute in vielen Ländern noch nicht gelöst sind.

Mit Blick auf die lange und oft leidvolle Entwicklungsgeschichte des europäischen Staatensystems erstaunt es nicht, dass viele neue Staaten, insbesondere in Afrika, nach nur wenigen Jahrzehnten der Unabhängigkeit nicht vollständig dem Typus des souveränen Territorialstaates entsprechen. Bisweilen ist hier von *Quasi-Staaten* die Rede. Diese verdanken ihre Existenz in erheblichem Ausmaß der Hilfe durch andere Staaten sowie internationale Organisationen. Alle Entwicklungsländer, die den weitaus größten Teil der neuen Staaten seit 1945 ausmachen, weisen klar definierte territoriale Grenzen auf, innerhalb derer die jeweilige Regierung das Gewaltmonopol und weitere exklusive Kontrollbefugnisse beansprucht – zum Beispiel die Erhebung von Steuern und die Führung der Außenbeziehungen. De facto ist die Hoheit staatlicher Behörden über ihr gesamtes Staatsgebiet in etlichen Fällen jedoch unvollständig (eingeschränkte oder fehlende interne Hierarchie). In diesen Defiziten liegt die Instabilität einer beträchtlichen Zahl von heute existierenden Staaten begründet. Bezeichnend ist allerdings, dass selbst *gescheiterte Staaten* in den vergangenen Jahrzehnten von anderen Staaten nicht absorbiert wurden – dies

1. Politik und Politikwissenschaft

war bis zum Zweiten Weltkrieg noch der Normalfall. Seit 1945 sind einige Staaten auseinandergebrochen, was zu neuen Staaten geführt hat, oder sie wurden unter prekären Bedingungen und durch Hilfe der internationalen Gemeinschaft am Leben erhalten (Fiertz et al. 2021; Fragile States Index 2022; Jackson 1990; Steward 2007; Risse 2011). Die Abhängigkeit der Quasi-Staaten von der Unterstützung durch andere Länder und internationale Organisationen wird längerfristig vermutlich bewirken, dass diese Staaten sich weiter in Richtung des souveränen Territorialstaates entwickeln.

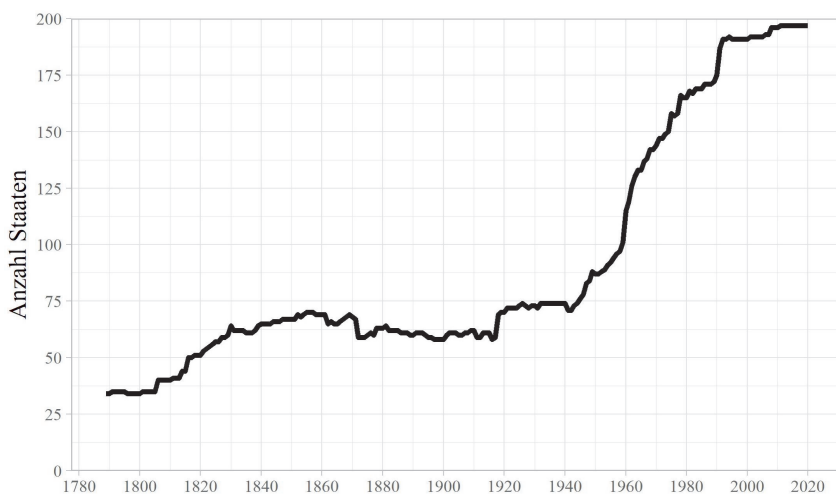


Abbildung 1.2: Anzahl der Staaten im internationalen System 1784–2020
(Quelle: basierend auf Daten von Elkins und Ginsburg 2022)

Die politische und völkerrechtliche Entkoppelung der Fähigkeit zur und dem Recht auf Unabhängigkeit hat bis heute nicht zu der von einigen Beobachter:innen befürchteten *Atomisierung* der Staatenwelt geführt. Eine Gewährung der staatlichen Unabhängigkeit entlang ethnisch-kultureller Linien könnte im Prinzip Tausende von neuen Staaten zur Folge haben. Die Tatsache, dass das Wachstum der Staatenzahl auf heute rund 200 (siehe Abbildung 1.2) beschränkt blieb, lässt sich auf eine weniger juristische als pragmatische Handhabung der *Türsteher*-Funktion durch die bestehenden Staaten zurückführen. Wie die Beispiele Palästina, (Türkisch) Zypern, Abchasien, Südossetien und Kosovo zeigen, ist es für neue Staaten oft schwer, vollwertige Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft zu werden. In den meisten Fällen ist die Aufnahme in die UNO der Lackmустest – die Schweiz ist eine Ausnahme; sie

trat aus innenpolitischen Erwägungen der UNO erst 2002 bei. Der UNO-Beitritt eines Staates erfordert sowohl die Zustimmung des Sicherheitsrates, in dem die fünf offiziellen Nuklearmächte ein Vetorecht besitzen, als auch die der Generalversammlung.

Das markanteste Wachstum der Anzahl souveräner Territorialstaaten seit 1945 erfolgte, abgesehen von der Dekolonialisierung der 1960er bis 1980er Jahre, im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges. Dieser Fragmentierungsprozess hängt weitgehend mit dem Unvermögen der betreffenden Staaten zusammen, wichtige Regierungsziele und Bedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten, vor allem die innere und äußere Sicherheit, Wohlfahrt und kollektive Identität und Legitimität. Diejenigen Staaten, die seit 1989 auseinandergebrochen sind, waren dann auch vorwiegend ethnisch oder kulturell sehr heterogen, wiesen ein starkes Wohlstandsgefälle innerhalb des Landes auf, waren in eine massive Wirtschaftskrise geraten oder einer äußeren Existenzbedrohung verlustig gegangen (Bates 2008; Iqbal/Starr 2015). Beispiele sind die Sowjetunion und Jugoslawien.

1.2.3 Expansion staatlicher Funktionen

Die grundlegenden Funktionen des modernen Territorialstaates haben eine starke Expansion durchlaufen (Benz 2008). Am Anfang standen (und stehen immer noch)

- die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inneren,
- der Schutz der Bevölkerung und des Territoriums vor äußeren Feinden sowie
- die Schaffung bestimmter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (z.B. ein funktionierendes Finanzsystem, Eigentumsrechte, Vertragssicherheit).

Insbesondere als Folge der Weltwirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre erweiterten die meisten Industrieländer die politischen und wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten des Staates erheblich. Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsaktivität und Minimierung der Arbeitslosigkeit sowie zur Umverteilung von Wohlstand zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen (v.a. ältere Personen, Arbeitslose, einkommensschwache oder kranke Personen). Die bis in die 1990er Jahre hinein in den meisten Industrieländern steigenden Staats- und Steuerquoten (Anteil der Staatsausgaben bzw. Steuern am Bruttoinlandprodukt) verdeutlichen die starke Ausweitung staatlicher Tätigkeit. Die Staatsquoten der meisten reichen

1. Politik und Politikwissenschaft

Industriestaaten liegen heute bei 30% bis 60%. Ärmere Staaten durchlaufen diesen Trend meist zeitverzögert, vor allem weil ihr durch Steuern erzielbares Einkommen deutlich geringer ist.

Die Errichtung des modernen Wohlfahrtsstaates in den heutigen Industrieländern, der mittlerweile einen großen Teil der Staatsausgaben beansprucht, erfolgte weitgehend zu Zeiten des Kalten Krieges. Während in den kommunistischen Ländern die staatliche Aktivität im Zeichen der Planwirtschaft stand, glaubten staatstragende Eliten in vielen westlichen Demokratien (Esping-Andersen 1989; Hall/Soskice 2001), dass eine geschickte staatliche Steuerung der Privatwirtschaft, vor allem in Form von sozialen Sicherungsnetzen und einer effektiven Geld- und Fiskalpolitik, Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum sichern oder ermöglichen könne (Schmidt 2021). Der Kalte Krieg zementierte diesen Zustand, indem er den Staat als einzigen Garanten für den Fortbestand und die Stabilität des jeweiligen Gesellschaftssystems erscheinen ließ. Wirksame wirtschaftliche und soziale Steuerung durch den Staat wurde in Ost und West auch als Voraussetzung militärischer Verteidigungsbereitschaft gesehen. Gute Beispiele sind die Landwirtschafts- und Energiepolitik, die von sicherheitspolitischen Kalkülen stark geprägt waren.

Seit dem Ende des Kalten Krieges (1990/91) haben die ökonomischen, politischen und sozialen Verflechtungen über territorialstaatliche Grenzen hinweg stark zugenommen (Globalisierung). Insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre wird in diesem Kontext bisweilen von einer durch die Globalisierung bewirkten Entmachtung des Staates gesprochen. Die meisten Staaten haben in jüngerer Zeit in der Tat einige Steuerungskompetenzen nach *unten* hin an Märkte (Deregulierung, Liberalisierung) und nicht-staatliche Organisationen (NGOs) sowie nach *oben* oder *seitwärts* an internationale oder supranationale Organisationen (z.B. die Europäische Union) abgetreten. Diverse vormals staatliche Unternehmen wurden privatisiert (Schneider 2001) und viele Staaten haben ihre sozialen Absicherungssysteme reformiert (Häusermann 2010). Nichtsdestotrotz zeigen die nach wie vor hohen Staats- und Steuerquoten sowie die vielfältigen und intensiven regulatorischen Eingriffe des Staates in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, dass der Staat immer noch der zentrale Bezugsrahmen des Politischen ist und deshalb auch folgerichtig im Zentrum des politikwissenschaftlichen Interesses steht (Bernauer 2000; Kersbergen/Manow 2020; Kriesi et al. 2008; Poggi 2020).

1.3 Was ist Politikwissenschaft?

Die Politikwissenschaft definiert sich sowohl über ihr Studienobjekt, welches sich auf politische Systeme und Prozesse sowie politisches Verhalten bezieht, als auch über ihr analytisches sozialwissenschaftliches Instrumentarium zur Erforschung der Politik. Wir befassen uns nun in diesem Abschnitt vor allem mit dem letzteren Aspekt.

1.3.1 Drei Teilaspekte der Politik als Studienobjekt

Wie weiter vorne dargelegt, definieren wir Politik als soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln. Die Politikwissenschaft untersucht somit politische Strukturen, Prozesse, Ereignisse oder Entwicklungen, Entscheidungen, Verhaltensweisen sowie politische Inhalte, die dem Politischen im hier definierten Sinne zuzuordnen sind. Diese diversen Studienobjekte der Politikwissenschaft lassen sich in drei Teilaspekte des Begriffs «Politik» unterteilen, die mit englischen Begriffen präziser erfasst werden als mit dem deutschen Begriff.

Der Begriff *polity* bezeichnet politische Strukturen. Er umfasst die Institutionen bzw. Organisationen, in denen politisches Handeln stattfindet. Diese bilden den Ordnungs- und Handlungsrahmen der Politik. Beispiele sind die zentralen Institutionen des politischen Systems, insbesondere Parlament, Regierung und Justiz, aber auch die geschriebene Verfassung. Auch die strukturelle Beschaffenheit eines politischen Phänomens fällt hierunter, zum Beispiel dass ein Land eine Demokratie oder Autokratie sein kann oder dass es ein Proporz- oder ein Mehrheitswahlssystem aufweist.

Der Begriff *politics* bezeichnet politische Prozesse und die beteiligten Akteure. Er umfasst Prozesse der Willensbildung (z.B. öffentliche Diskussionen, Demonstrationen), Entscheidungen (z.B. Gesetzgebungsverfahren), Umsetzung (z.B. Erlasse von Verwaltungsbestimmungen, Überwachung der Einhaltung von Gesetzen, Sanktionen bei Fehlverhalten), Koalitionsbildung, das Aushandeln internationaler Abkommen und sogar Krisen und Kriege zwischen Staaten.

Policy bezieht sich auf politische Inhalte, oft Politiken genannt. Unter diesen Begriff fallen die Inhalte von Politik, insbesondere in spezifischen Politikbereichen (z.B. Umweltpolitik, Außenpolitik, Familienpolitik), sowie die konkreten

1. Politik und Politikwissenschaft

Aufgaben, Ziele und die Ausgestaltung politischer Programme, Strategien und Maßnahmen.

Die Politikwissenschaft beschreibt, interpretiert und erklärt politische Phänomene, die den drei genannten Kategorien zugeordnet werden können. Was wissenschaftliche Beschreibung, Interpretation und Erklärung bedeuten, werden wir in den folgenden Kapiteln im Detail behandeln. Im Grunde besagen sie, dass die Erarbeitung von Wissen über politische Phänomene bestimmten Vorgehensweisen folgt. Diese unterscheiden sich von der Art und Weise, wie Nicht-Politikwissenschaftler:innen in ihrem Alltag Informationen über politische Phänomene sammeln, aufnehmen, verarbeiten und wiedergeben. Die Vorgehensweisen bzw. Instrumentarien der Politikwissenschaft lassen sich zwei grundlegenden Typen zuordnen: der empirisch-analytischen und der hermeneutischen Forschungsrichtung. Im folgenden Abschnitt wenden wir uns den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen diesen zwei Forschungsrichtungen zu.

1.4 Empirisch-analytische und hermeneutische Politikwissenschaft

Abbildung 1.3 illustriert die empirisch-analytische sowie die hermeneutische Forschungsrichtung in der Politikwissenschaft anhand je eines Beispiels; und wir erläutern die beiden Richtungen danach in abstrakterer Form sowie anhand von zwei konkreten Studien (Exkurse 1.1 und 1.2). Beachten Sie bei der Lektüre von Abbildung 1.3 die kursiv markierten Worte.

Empirisch-analytisch	Hermeneutisch
Wir wollen das Auftreten von Bürgerkriegen <i>erklären</i> und dabei insbesondere die <i>Auswirkung</i> ethnischer Fragmentierung untersuchen. Dazu identifizieren wir potenzielle <i>Wirkungsketten bzw. Mechanismen</i> , die von ethnischer Fragmentierung zu Bürgerkriegen führen können und fassen diese Überlegungen in der <i>Hypothese</i>	Wir wollen <i>verstehen</i> , ob und weshalb Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges eine aktivere und stärker auf die eigenen Interessen hin orientierte Außenpolitik betreibt als in der Zeit von 1949 bis 1990. Zur Beantwortung dieser <i>Frage</i> untersuchen wir Reden von Entscheidungsträger:innen, in denen sie ihre außenpolitischen Ansichten, Positionen, Vorschläge und Entscheidungen

Empirisch-analytisch	Hermeneutisch
<p>zusammen, dass ethnisch fragmentierte Staaten <i>ceteris paribus</i> (all else equal) einem höheren Bürgerkriegsrisiko ausgesetzt sind. Danach sammeln wir Daten zum ethnischen Fragmentierungsgrad in allen Staaten der Welt, allen bisher aufgetretenen Bürgerkriegen und diversen anderen Faktoren, die das Bürgerkriegsrisiko ebenfalls erklären könnten (z.B. ungleiche Wohlstandsverteilung). Wir testen anhand dieser empirischen Informationen (Daten) die Hypothese zur genannten Ursache-Wirkungs-Beziehung.</p>	<p>beschreiben und begründen. Wir führen Interviews mit Expert:innen für außenpolitische Fragen, und analysieren Regierungsdokumente (z.B. Strategiepapiere von Parteien und Regierung). Wir interpretieren diese Informationen aus schriftlichen und mündlichen Quellen im Kontext vermuteter Intentionen der Redner:innen und Interviewpartner:innen sowie unseres eigenen Vorwissens zur deutschen Außenpolitik der Vergangenheit. Durch ein tieferes Verständnis der Aussagen von Entscheidungsträger:innen und Expert:innen beantworten wir unsere Forschungsfrage und beleuchten mögliche Gründe für eine interessenbetontere Außenpolitik Deutschlands seit 1990.</p>

Abbildung 1.3: Beispiele empirisch-analytischer und hermeneutischer Forschung (Quelle: eigene Darstellung)

1.4.1 Empirisch-analytische Forschung

Die empirisch-analytische Forschung strebt eine möglichst objektive, d.h. werturteilsfreie, Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit an (siehe Kapitel 2). Sie geht davon aus, dass politische Phänomene unabhängig vom Beobachter beschrieben bzw. gemessen und erklärt werden können. Politikwissenschaftliche Aussagen in dieser Forschungstradition werden oft (aber nicht immer) in Form von kausalen Hypothesen formuliert. Solche Hypothesen, die eine Ursache und ihre Wirkung sowie Wirkungsmechanismen identifizieren, werden durch empirische Analysen geprüft, unabhängig davon, ob die Forschenden sie aus persönlicher Sicht wünschenswert finden oder nicht. Angestrebt werden Aussagen, die sich auch über die direkt untersuchten, empirischen Sachverhalte hinaus verallgemeinern lassen. So werden zum Beispiel aus einer repräsentativen Stichprobe von Personen, die zu ihrem Wahlverhalten befragt werden, Aussagen für die gesamte Wählerschaft Österreichs abgeleitet.

1. Politik und Politikwissenschaft

Wie Sie in Kapitel 2 sehen werden, liegen die Gütekriterien dieser Forschungsrichtung in der Systematik, Generalisierbarkeit von Erkenntnissen, Identifikation kausaler Mechanismen, Objektivität, Verlässlichkeit (Reliabilität) und Gültigkeit (Validität) sowie der Transparenz und intersubjektiven Prüfbarkeit. Damit ist die empirisch-analytische Richtung der Politikwissenschaft dem gleichen erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Paradigma zuzuordnen wie die Naturwissenschaften. Die politikwissenschaftliche Forschung dieser Art wird dementsprechend durch bestimmte Regeln geprägt, die legitime Vorgehensweisen bei der Entwicklung von theoretischen Aussagen, dem Sammeln von Informationen über die reale Welt sowie der Auswertung dieser Informationen festlegen (Goertz 2020). Zur Illustration finden Sie in Exkurs 1.1 die Beschreibung einer empirisch-analytischen Studie, die untersucht, ob «schönere» Kandidierende bessere Wahlchancen haben.



1.1 Haben schönere Kandidierende bessere Wahlchancen? _____

Die Politikwissenschaft befasst sich seit Jahrzehnten intensiv mit dem Wahlverhalten von Individuen (siehe Kapitel 6). Eine wichtige Frage ist dabei, ob die Wählerschaft eher gemäß einem rationalen Nutzenkalkül ihre persönlichen Interessen mit den Versprechungen der Kandidierenden abgleicht und dabei auch deren bisherigen Leistungsausweis berücksichtigt, oder ob sie eher nach ihrem *Bauchgefühl* entscheidet.

In diesem Kontext geht Lutz (2010) in einer empirisch-analytischen Studie der Frage nach, ob physisch attraktivere bzw. «schönere» (in einem noch zu definierenden Sinne) Kandidierende bessere Wahlchancen haben. Zu diesem Zweck untersucht er die Wahlen von 2007 auf Bundesebene in der Schweiz. Diese eignen sich für eine solche Analyse, weil in der Schweiz die Wahlberechtigten auf den Wahllisten *panachieren* und *kumulieren* können (siehe Kapitel 5). Das bedeutet, sie müssen eine Wahlliste abgeben, können auf dieser Liste jedoch von der betreffenden Partei nominierte Personen in der Rangierung umplatzen, streichen, durch andere Kandidierende (auch solche einer anderen Partei) ersetzen sowie einzelne Kandidierende doppelt aufführen – all dies im Rahmen der Anzahl der in einem Wahlkreis im Proporzverfahren zu besetzenden Parlamentssitze. Letztere werden abhängig von den Stimmen für eine Parteiliste und dann abhängig von Stimmen für bestimmte Kandidierende auf der entsprechenden Liste vergeben.

Lutz untersucht, ob Wahlverhalten unter diesen Bedingungen mit der Attraktivität der Kandidierenden in Zusammenhang gebracht

werden kann. Seine empirische Analyse bestätigt die Attraktivitätshypothese, wobei das Resultat geschlechtsneutral ausfällt. Sowohl attraktivere männliche als auch attraktivere weibliche Kandidierende liegen in der Gunst der Wählerschaft weiter vorne. Das Wahlverhalten scheint also mindestens teilweise von Kriterien bestimmt, die mit dem Leistungsausweis der Kandidierenden und dem politischen Programm der jeweiligen Partei nichts zu tun haben. Studien zu anderen Ländern liefern ähnliche Resultate. Studien von Milazzo und Mattes (2015) sowie Jäckle und Metz (2017) und Jäckle et al. (2020) zeigen, dass sich wahrgenommene Attraktivität auch in Großbritannien, Deutschland und den USA positiv auf die Gewinnchancen von Kandidierenden auswirkt, selbst wenn Faktoren wie Amtsinhaberschaft und Wahlkampfausgaben berücksichtigt werden. Dieser Zusammenhang wurde auch in jüngeren Demokratien wie Mexiko und Brasilien beobachtet (Lawson et al. 2010). Eine Studie von Berggren et al. (2010) zu Wahlen in Finnland zeigt, dass Einschätzungen der Wählerschaft zur *Schönheit* von Kandidierenden für die Wahlentscheidung sogar wichtiger sind als Einschätzungen zur Kompetenz, Intelligenz, Liebens- oder Vertrauenswürdigkeit. Die sogenannte *Schönheitsprämie* ist in dieser Studie bei Frauen höher als bei Männern. Umgekehrt können *Schönheitsmängel* Kandidierende vor Probleme stellen. In einem berühmt gewordenen Fernsehduell trafen am 7. Oktober 1960 Vizepräsident Richard Nixon und sein Rivale John F. Kennedy aufeinander. Im Scheinwerferlicht begann Nixon zu schwitzen und viele Beobachter:innen waren sich einig, dass Nixon die Debatte verlor, weil er neben dem perfekt gestylten und jugendlich wirkenden Kennedy „wie der einbalsamierte Lenin“ aussah (<https://www.fr.de/politik/nixon-anfang-schwitzen-11044380.html>).

Weiterführende Studien zeigen, dass Wähler:innen bei ihren Entscheidungen natürlich auch andere Faktoren berücksichtigen, allem voran politische Positionen und Vorschläge von Kandidierenden. In ihrer Betrachtung von Provinzwahlen in Quebec fanden Wigginton und Stockemer (2021) keinen signifikanten Effekt von Attraktivität auf die Wahlergebnisse. Sie führen dies auf die dort politisch stark polarisierte Wählerlandschaft, die ausgeprägte Parteienorientierung und eine besonders informierte Wählerschaft zurück, die andere Kriterien in den Vordergrund stellt. Allgemein lässt sich sagen, dass ein Schönheitseffekt vor allem dann auftritt, wenn Kandidierende der Wähler:innenschaft wenig bis gar nicht bekannt sind und die politische Polarisierung nicht sehr stark ist.

1. Politik und Politikwissenschaft

Befunde zum Effekt des Aussehens von Kandidierenden sind von praktischer Relevanz für die Selektion von Kandidat:innen und für Wahlkampfstrategien der Parteien und ihrer *Spin-Doctors*. Letztere sind diejenigen, die den Wahlkampf durchplanen und genau mit solchen Dingen arbeiten, und Kandidierende dabei bisweilen zu einer Werbeware werden lassen. Forschungsbefunde in diesem Bereich liefern aber auch Antworten auf die fundamentale wissenschaftliche Frage, ob das Wahlverhalten eher *vom Kopf* oder *vom Bauch* bestimmt ist.

1.4.2 Hermeneutische Forschung

Wir setzen uns an dieser Stelle nun mit der Hermeneutik etwas ausführlicher auseinander, weil im Rest dieses Buches die empirisch-analytische Forschungsrichtung der Politikwissenschaft im Vordergrund steht. Wie im Vorwort bereits erwähnt, hat sich die empirisch-analytische Forschungsrichtung in der Politikwissenschaft (und auch in anderen Sozialwissenschaften) in den letzten Jahrzehnten zur dominanten Vorgehensweise entwickelt. Die Hermeneutik hingegen ist in den Geisteswissenschaften (z.B. Philosophie, Geschichts- und Literaturwissenschaft) weiterhin vorherrschend.

Der Begriff Hermeneutik stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet *erklären, auslegen* oder *übersetzen*. Die Hermeneutik ist eine Theorie und Methode, die dem Auslegen und Verstehen von Texten und anderen Informationsquellen (z.B. Tondokumente, Bilder) dient (Kurt 2004).

Sowohl empirisch-analytische als auch hermeneutische Studien beginnen meist mit einer konkreten Fragestellung. Im Gegensatz zu empirisch-analytischen Studien führt die Fragestellung in hermeneutischen Arbeiten jedoch meist nicht zur Formulierung einer Hypothese, die eine Ursache-Wirkungs-Beziehung postuliert und dann anhand von empirischen Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt getestet wird. Vielmehr versuchen Forschende ihre Frage mit einer *interpretierenden* und *verstehenden* Vorgehensweise zu beantworten.

Wie aber geht die hermeneutische Forschungsrichtung bei der Beantwortung von Forschungsfragen konkret vor? In der hermeneutischen Methodik beruht die Interpretation von empirischen Informationen auf dem Verstehen dieser Informationen. Sie beinhaltet das Aufdecken direkter oder auch mehr oder weniger *versteckter* Botschaften oder Bedeutungen, die in Texten, Ton- oder Bilddokumenten oder Gesprächen enthalten sind. Das Verstehen, welches

im Zentrum dieser Forschungsrichtung steht, ist eine Form des Erkenntnisgewinns, die auf die Erfassung von Sinn und Bedeutung zielt (im Gegensatz zur Erklärung, die primär auf die Identifikation von spezifischen Ursachen und deren Wirkungen ausgerichtet ist). Mit Sinn sind die Intentionen, Motivationen und Inhalte des Handelns oder Verhaltens von Personen oder Organisationen gemeint. Exkurs 1.2 illustriert diese hermeneutische Vorgehensweise anhand einer Studie zur Europäischen Solidarität in der Covid-19 Krise.

Die hermeneutische Methodik entstand vor allem in der Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaft. Zu Beginn des 19. Jh. wurde sie systematisch in die Sprach- und Geschichtswissenschaft eingeführt und ist dort heute noch dominant. Die Hermeneutik bietet vor allem Regeln und Vorgehensweisen an, die bei der Auslegung von Texten und zum Verstehen von Sinnzusammenhängen der untersuchten Gegenstände dienen sollen. Im Zentrum hermeneutischer Forschung stehen meist drei Fragen: Welche Bedeutung verband der:die Urheber:in von Texten, Ton-, Film- oder Bilddokumenten mit dem zu Verstehenden? In welchem Bedeutungszusammenhang steht das zu Verstehende? Welche Zielsetzung war damit beabsichtigt?

Wie in der empirisch-analytischen Forschung wird auch mit der hermeneutischen Methode ein möglichst hohes Maß an Objektivität (auch Inter-Subjektivität genannt) angestrebt – zum Beispiel in Bezug auf den Sinnesgehalt bestimmter Dokumente, Aussagen oder Bilder, den Forschende zu ermitteln versuchen. Dies geschieht dadurch, dass die Kultur- und Zeitabhängigkeit bestimmter Informationen sowie die Intentionen der jeweiligen kommunizierenden Akteure möglichst sachlich dargestellt und untersucht werden (Kerchner 2006; Wernet 2006).



1.2 Europäische Solidarität in der Covid-19 Krise

Barbara Prainsack (2020) (siehe auch Prainsack/Buyx 2017) geht der Frage nach, ob und wie die Covid-19 Krise die Solidarität zwischen Bürger:innen beeinflusst hat. In einem ersten Schritt beschreibt sie den Begriff der Solidarität und grenzt ihn von anderen Arten der Unterstützung ab. Der Begriff wird in unterschiedlichen Themengebieten benutzt und auf unterschiedliche Art und Weise verstanden und definiert. Dabei haben die meisten theoretischen Konzeptualisierungen von Solidarität drei Gemeinsamkeiten. So steht, erstens, Solidarität für eine gewisse Art interpersoneller Unterstützung. Zweitens haben unterstützende Personen etwas gemeinsam mit den Personen, die sie unterstützen, beispielsweise ein gemeinsames Ziel, persönliche Ähnlichkeiten oder die Wahrnehmung einer Gefahr, die sowohl

für die eigene Person (oder Gruppe) als auch für Personen, denen Solidarität entgegengebracht wird, Relevanz hat. Drittens ist Solidarität keine einmalige Interaktion: Solidarität steht eher in einem sozialen und politisch-institutionellen Geflecht. Solidarität wirkt außerdem stärker, wenn Personen erkennen, dass sie in Zukunft von dem jetzigen solidarischen Verhalten profitieren können. Diese Definition ermöglicht eine Abgrenzung zu anderen Unterstützungsarten wie empathisches Handeln, Wohltätigkeit oder freundschaftliche und familiäre Unterstützung. Solidarität kann auf der Ebene von Institutionen, Normen, Gruppen und auch interpersonell auftreten. Sobald Solidarität sich in Gesetzen und Normen manifestiert, kann von institutioneller Solidarität gesprochen werden.

Nach dieser theoretischen Auseinandersetzung mit dem Begriff Solidarität befasst sich Prainsack mit der Veränderung von Solidarität in der Covid-19 Pandemie. Sie argumentiert, dass Solidarität in Pandemien nicht selbstverständlich ist. Wie vorhergehend beschrieben ist ein Grundmechanismus von Solidarität, dass Personen aufgrund von Gemeinsamkeiten zu anderen Personen unterstützend handeln. Im Hinblick auf den Faktor Gesundheit ist diese Gemeinsamkeit die Gefahr zu erkranken, da jede:r im Laufe des Lebens erkranken wird. In einer Pandemie ist es jedoch weitaus schwieriger, Gemeinsamkeiten über die Bevölkerung verteilt zu sehen. Die Zeitperiode einer Pandemie ist meist kurz (selbst bei Covid-19), sodass es für die meisten Personen schwer vorstellbar ist, wie sie selbst später von Solidarität profitieren könnten. Die Identifikation mit anderen Personen erfolgt in einer Pandemie auch bezogen darauf, ob eine Person einer Hoch- oder Niedrigrisikogruppe angehört oder nicht.

Die Wirkungsweise von Solidarität in Pandemien wird also zu Beginn des Artikels dargelegt und wird dann mittels Interviews nachgezeichnet und begründet. Zu Beginn der Krise zeichneten v.a. die österreichischen Medien ein Bild erheblicher Solidarität in Österreich. Solidarisches Verhalten wurde beispielsweise mittels jüngerer Personen, die für ältere Mitbürger:innen die Einkäufe erledigten, präsentiert. Allerdings änderten sich schon kurze Zeit später grundlegende Argumentationsweisen und die Rhetorik wandelte sich von *Wir* zu *Die anderen*. Junge Personen verwiesen beispielsweise darauf, dass ältere Personen – also eine der Hochrisikogruppen – draußen unterwegs seien (sich also nicht an die Maßnahmen hielten) und somit keine Solidarität von den Jüngeren erfahren müssten. Prainsack argumentiert hier, dass womöglich die Rhetorik der österreichischen

Bundesregierung in der Anfangsphase der Pandemie, bei welcher die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Hoch- und Niedrigrisikogruppen betont wurden, zur Änderung der Stimmungslage in der Bevölkerung und damit zu einer Verringerung von gesellschaftlicher Solidarität beitrug. Die Betonung von Unterschieden zwischen Gruppen könnte die Wahrnehmung dieser Unterschiede zwischen Gruppen verstärken und so solidarisches Verhalten zwischen den verschiedenen Risikogruppen untergraben. Dies kann passieren, da Solidarität – wie zu Beginn dargestellt – auf dem Anerkennen von Gemeinsamkeiten beruht. Prainsack argumentiert, dass es, um solidarisches Verhalten in der Bevölkerung zu erhalten bzw. zu verstärken, besser gewesen wäre, die Verwundbarkeit aller Menschen hervorzuheben. Dadurch wäre das Erkennen von Gemeinsamkeiten erleichtert worden und stärkere Solidarität zu erreichen gewesen. Ein breites und umfassendes Verständnis von Solidarität wird somit aus der Studie abgeleitet.

1.4.3 Normative, präskriptive und prognostische Elemente

Sowohl die empirisch-analytische als auch die hermeneutische Forschung kann positive und normative Komponenten aufweisen. In Kapitel 2 werden wir zudem sehen, dass empirisch-analytische Forschung mit qualitativen und quantitativen Informationen betrieben wird.

Positive (manchmal auch positivistisch genannte) Forschung versucht, die reale Welt möglichst werturteilsfrei und damit unabhängig von der beobachtenden Person zu beschreiben, erklären und verstehen. Im Gegensatz zur Alltagssprache ist der Begriff *positiv* hier nicht wertend, im Sinne von *gut*. Normativ hingegen bedeutet *wertend*; Forschende bezwecken mit der Analyse die Bewertung eines politischen Sachverhalts nach bestimmten Kriterien, wie beispielsweise Effizienz, Gerechtigkeit oder Wirksamkeit bei der Problemlösung.

Die beiden Beispiele in Abbildung 1.4 illustrieren, dass politikwissenschaftliche Studien, die mit normativen Elementen angereichert sind, meist von einer positiven Analyse ausgehen und darauf aufbauend eine Bewertung politischer Phänomene anstreben. Mittels ihrer normativen Anreicherung versuchen sie in der Regel zur Gestaltung der politischen Realität beizutragen – so wie sie aus ihrer Sicht sein sollte. Somit weisen normative Analysen häufig, aber nicht notwendigerweise, auch *präskriptive* (empfehlende oder vorschreibende) Komponenten auf. In einer Studie zur Wahlkampffinanzierung könnten zum Beispiel anhand

1. Politik und Politikwissenschaft

einer positiven Analyse und ihrer normativen Anreicherung Vorschläge für die gesetzliche Regelung von Wahlkampfspenden entwickelt werden.

Empirisch-analytisch normativ	Hermeneutisch normativ
<p>Wir möchten bewerten, ob die bestehenden staatlichen Vorschriften für die Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Österreich den grundlegenden Anforderungen an eine pluralistische Demokratie, welche die politische Chancengleichheit betont, genügen. Wir entwickeln zuerst einen Kriterienkatalog solcher Anforderungen. Danach erheben wir Daten zu den Einkünften und Ausgaben der Parteien und Politiker:innen sowie ihren politischen Aktivitäten und Wahlresultaten. Wir untersuchen anhand dieser Fakten, ob finanzstärkere Parteien und Politiker:innen politische Vorteile genießen. Wir tun dies zum Beispiel durch das Testen der Hypothese, dass Politiker:innen mit größeren Wahlkampfbudgets eher gewählt werden. Es folgt dann eine Beurteilung allfälliger politischer Vorteile finanzstärkerer Parteien und Politiker:innen im Lichte der Bewertungskriterien. Dieses Vorgehen erlaubt uns, Schwachstellen bei den bestehenden Vorschriften oder Gesetzen zu identifizieren und Verbesserungsvorschläge zu machen.</p>	<p>Wir möchten die Frage untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen die Anwendung von physischer Gewalt für politische Ziele als legitim bewertet werden kann. Wir konzentrieren uns dabei auf den Schutz von Tieren und die Gentechnik. Unsere Informationsquellen sind Bekennerschreiben von und Interviews mit Aktivist:innen, die gewalttätige Aktionen gegen Gentechnik-Versuchsfelder und Tierversuche durchgeführt haben. Durch systematisches Studium dieser Texte und gesprochenen Worte wollen wir verstehen, mit welchen Argumenten die Aktivist:innen ihr Verhalten rechtfertigen. Diese Argumente bewerten wir dann unter Einbeziehung von bekannten Rechtfertigungsmustern aus der Moralphilosophie und anderen (z.B. ökonomischen) Theorien der Gerechtigkeit sowie unter Berücksichtigung der uns bekannten Gesetzeslage und der Beschaffenheit der betreffenden Gentechnik- und Tierversuche. Das Resultat der Analyse zeigt, ob spezifische Aktionen gerechtfertigt waren und wo die legitimen Grenzen solchen Verhaltens liegen. Daraus können auch Vorschläge dazu entwickelt werden, wie der Staat mit solchen Problemen umgehen sollte.</p>

Abbildung 1.4: Empirisch-analytische und hermeneutische Forschung mit normativen Elementen (Quelle: eigene Darstellung)

Schließlich können positive Analysen auch mit prognostischen Komponenten versehen werden. Gut fundierte Prognosen bedingen jedoch ein empirisch gut validiertes Modell und sind deshalb vor allem im Bereich der empirisch-analytischen Forschungsrichtung angesiedelt. So beruhen beispielsweise Prognosemodelle in der Wahlforschung auf Erklärungsmodellen des Wahlverhaltens, die immer wieder anhand von empirischen Daten zu vergangenen Wahlen getestet und weiterentwickelt werden. Gleiches gilt für Prognosen zur Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs von Bürgerkriegen oder einem anderweitig verursachten Zusammenbruch staatlicher Ordnungssysteme (Problem der *failed states*).

1.5 Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum

Nachdem wir die wichtigsten Forschungsrichtungen der Politikwissenschaft kennengelernt haben, werfen wir nun einen Blick zurück in die Geschichte der Disziplin. Wir befassen uns damit, wie die Politikwissenschaft entstanden ist und wie sie sich seit ihren Anfängen entwickelt hat.

Der Begriff Politikwissenschaft (Englisch: *political science*, was im Deutschen bisweilen auch mit *Politische Wissenschaft* übersetzt wird und damit die irreführende Konnotation einer *politisierten* Wissenschaft erhält) wird meist dem Historiker Herbert Baxter Adams (1850–1901) zugeschrieben. Dieser lehrte an der Johns Hopkins University in den USA. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit politischen Phänomenen begann jedoch schon sehr viel früher.

Im Wesentlichen ging die Politikwissenschaft aus zwei Entwicklungssträngen hervor. Der erste, vor allem normativ orientierte Entwicklungsstrang befasst sich damit, wie ein politisches System idealerweise aussehen sollte. Der zweite, positiv orientierte Entwicklungsstrang versucht, politische Phänomene möglichst objektiv zu beschreiben und zu erklären.

Am Anfang stand die Auseinandersetzung mit der Frage, wie gesellschaftliche Organisationsformen idealerweise aussehen sollten. Bereits im antiken Griechenland befassten sich Platon, Aristoteles und andere Denker mit dieser Frage. Ihnen folgten im Römischen Reich zum Beispiel Polybius, Livius, Plutarch, Caesar und Cicero sowie im Mittelalter unter anderem Augustinus, Khayyam, Avicenna, Maimonides und Averroes.

Der zweite Entwicklungsstrang begann in Ansätzen mit historischen Arbeiten im antiken Griechenland und im Römischen Reich. Im Fokus dieser Werke

1. Politik und Politikwissenschaft

stand die Schilderung der politischen Verhältnisse der damaligen Zeit. Es war jedoch Niccolò Machiavelli (1469–1527), der im Zeitalter der Renaissance die empirisch-analytische Richtung der modernen Politikwissenschaft einläutete. Machiavelli versuchte, allgemeine bzw. verallgemeinerbare Aussagen zur Funktionsweise der Politik zu formulieren. Er tat dies ausgehend von Analysen einzelner politischer Institutionen und Akteure.

Politikwissenschaftliche Themen wurden im deutschsprachigen Raum bis Ende des 18. Jh. fast ausschließlich im Rahmen der allgemeinen philosophischen Bildung und Forschung behandelt. Im Vordergrund standen die klassische Politische Philosophie und Schriften wie diejenigen von Platon, Aristoteles, Cicero oder Augustinus sowie religiös geprägte Fragen von Ethik und Politik. Ende des 18. Jh. schwand unter dem Einfluss der englischen und französischen Aufklärungsphilosophie das Interesse an der klassischen Politischen Philosophie auch im deutschsprachigen Raum und erkenntnistheoretische Themen rückten in den Vordergrund (siehe z.B. die Werke von Hegel und Kant). Politische Themen wurden zunehmend in universitären Bereichen wie Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften aufgegriffen und aus einer positiven Perspektive behandelt.

1.5.1 Vorboten der modernen Politikwissenschaft

Im 18. - 19. Jh. entstand die Staatswissenschaft. Deren Aufgabe war es, loyale und fähige Beamte für den Staat auszubilden und den expandierenden staatlichen Bürokratien politikrelevante Informationen zu liefern – entsprechend trug sie auch Bezeichnungen wie *Polizeywissenschaft*, *Kameralwissenschaft* oder *Verwaltungswissenschaft*. Erste Professuren für Staatswissenschaft wurden 1727 in Halle und Frankfurt an der Oder und 1763 an der Universität Wien eingerichtet. Das 1810 in Zürich eröffnete Politische Institut bot einen Lehrgang für Karrieren im öffentlichen Dienst und einen juristischen Studiengang an. Es wurde später in die juristische Fakultät der 1832 gegründeten Universität Zürich integriert. Die Bezeichnung Verwaltungswissenschaft oder Staatswissenschaft ist bis heute für Studiengänge erhalten geblieben, die aus einer Kombination von Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bestehen – zum Beispiel an der Universität Konstanz oder bis 2022 der Ecole Nationale d'Administration (ENA, seit 2022 l'Institut national du service public (INSP)) in Straßburg. Ein Hauptziel dieser Studiengänge ist nach wie vor die Vorbereitung auf Karrieren im öffentlichen Dienst oder politiknahe Aufgaben in der Privatwirtschaft.

In den 1840er Jahren wurden in Deutschland erste Anstrengungen zur Förderung von regierungsunabhängigen wissenschaftlichen Forschungsaktivitäten zu politischen Fragen unternommen. Diese Bemühungen scheiterten aber zusammen mit der Märzrevolution von 1848. Im konservativeren politischen Klima der darauffolgenden Jahre verschwand die sog. progressive Staatslehre des Vormärz und die Ausbildung von (loyalen) Beamten gewann wieder die Oberhand. Politikwissenschaftliche Fragen wurden allerdings weiterhin in der *Diaspora* angrenzender Disziplinen, v.a. der Rechtswissenschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft, behandelt. So zählt zum Beispiel Max Weber (1864-1920) zu den Klassikern der Soziologie, obschon sich sein Werk von den Inhalten her gesehen genauso gut der Politikwissenschaft zuordnen ließe. Karl Marx (1818-1883), der ursprünglich Philosophie studierte und darin promovierte, gilt als einer der Begründer der politischen Ökonomie.

In der Weimarer Republik (1918–1933) wurden erneut Versuche unternommen, die Politikwissenschaft als eigenständige Wissenschaft zu begründen. 1920 wurde in Berlin die Deutsche Hochschule für Politik gegründet. 1933 wurden diese Institution sowie ein weiteres renommiertes Institut, das Frankfurter Institut für Sozialforschung, von den Nationalsozialisten jedoch geschlossen. Bedeutende Pioniere der modernen Politikwissenschaft (z.B. Ernst Fraenkel, Siegfried Landshut, Eric Voegelin, Carl Friedrich, Hans Morgentau) emigrierten in die USA und halfen dort beim Aufbau dieser Wissenschaft. Als eigenständiges universitäres Fach hatte sich die Politikwissenschaft in den USA bereits seit den 1860er Jahren etablieren können. Dies lässt sich vor allem an der Einrichtung von Professuren, Instituten oder Fachbereichen mit der entsprechenden Bezeichnung erkennen.

1.5.2 Politikwissenschaft in Deutschland

Nach 1945 entwickelte sich die Politikwissenschaft in Deutschland in kurzer Zeit zu einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin. Sie ist die am spätesten eingeführte Disziplin unter den klassischen Sozialwissenschaften, zu denen beispielsweise auch die Wirtschaftswissenschaften, Psychologie und Soziologie gehören. Bis Mitte der 1950er Jahre wurden an den meisten deutschen Universitäten Professuren für Politikwissenschaft eingerichtet. 1951 wurde die bis heute existierende Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) gegründet.

Bis in die 1960er Jahre hinein war die Ausrichtung der politikwissenschaftlichen Forschung und Lehre stark normativ und praxisbezogen. Sie konzen-

Register

#

#MeToo 400, 404

6

68er-Bewegung 391, 400

A

Abrüstung 629 f., 632

Abstimmung 105, 120, 141, 143, 168, 170, 172, 186, 236 f., 240 f., 243–247, 249, 251–254, 324 f., 385, 412, 419, 430, 437, 451, 459, 475, 478, 484, 486–488, 514, 525, 553, 558

adverse selection 535

Agenda-Setting 169, 414–416, 437, 448, 454, 486, 488

Akteure Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 32, 41, 47, 52, 57, 63, 65, 77, 79 f., 84, 117, 121, 138, 142, 162, 168, 195 f., 199–201, 232 f., 237, 255, 261–263, 276, 279 f., 286, 312–314, 324 f., 360, 364, 369, 385, 392, 397, 406, 409 f., 422 f., 432, 434, 436, 438, 440–442, 477, 482, 486, 488 f., 529 f., 533 f., 536, 548, 554, 572–577, 582, 585, 589–592, 597, 601 f., 606, 608 f., 612 f., 626 f., 629 f., 632–634, 645 f.

Alltagswissen 27, 61

Alternativklärung 95

Amnesty International 370, 393

Analyseebene 634

Anarchie, anarchisch 597–602, 604, 606–609, 612, 616, 625, 627, 636, 641, 647

Anti-Globalisierungsbewegung 361, 390, 392

Anti-Rassismus 394

Arbeiter

– innenbewegung 330, 333, 347, 390, 392

Arbeitsmarktpolitik 199, 384

Atomenergie 391, 394, 403

ATTAC 392

Ausschuss 458, 466, 471, 483, 514, 646

Außenhandelspolitik 194, 629

Außenpolitik 41–43, 194, 205, 384, 610

Autokratie, autoritäres System 41, 117, 127, 141, 150 f., 154, 157 f., 163, 620, 622, 624

Autonomie 129, 270, 509, 556, 582, 641, 645

B

Bankenregulierung 634

Bedingung

– hinreichende 82, 367, 371

– notwendige 126, 586

Befragung 28, 97, 101–103, 204, 252, 265, 281

Beobachtung 62 f., 71, 81–83, 89–96, 98, 103, 106, 108, 158, 266, 419, 477, 496, 580, 631

Bikameralismus 191, 194, 198, 459–461, 471 f., 477, 490 f.

Bildungspolitik 146 f., 193, 271, 383, 501

Binnenmarkt, europäischer 587, 637

Bipolar 611, 613, 616, 618

Boycott 401

Bundestag (Deutschland) 457

Bürgerkrieg 129, 612

Bürgerrechtsbewegung 391

Bürokratietheorie 493, 530 f., 534–536, 547

C

Constitutional court, European Model 550, 560

Constitutional judicial review, American Model 550, 560

Covid-19 47 f., 61, 71, 74, 80, 82, 85, 87, 101, 106, 113, 315, 331, 548

D

Datenanalyse 27, 69, 101 f., 105 f., 110, 115, 544

Datenerhebung 27 f., 68 f., 87, 97, 101, 103 f., 115, 122, 264, 267

Deduktion 63, 77

De-Industrialisierung 331

Dekolonialisierung 39

Demokratie Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 31, 36, 41, 50, 54, 58, 64, 66, 85–87, 90, 92, 104, 117, 119–127, 134–141, 144, 147–152, 157–160, 163–165, 186, 188, 194, 202–207, 211 f., 235 f., 245 f., 248, 250–254, 256, 266, 282, 316, 319, 325, 330, 334 f., 343, 353, 362, 385, 390 f., 394, 406, 410 f., 422 f., 431, 437 f., 470, 482, 493, 499, 526, 550–553, 559, 568, 578, 583, 586, 593 f., 596, 606, 608, 618–620, 623

– Demokratiedefizit 124, 382, 404

– Demokratieprinzip 552 f., 577 f.

Register

- Demokratische Legitimität 186, 195, 308, 454
- Demokratischer Frieden 597, 620 f., 623, 649
- Demokratisierung 35, 130, 137, 149, 151, 153–159, 212 f., 544, 615
- direkte 31, 58, 194, 211, 235 f., 250–254, 282, 335, 385, 482, 526, 553, 559, 578, 586
- halbdirekte 235, 248
- repräsentative 186, 235, 246, 251, 325, 552
- wehrhafte 362
- Demonstration 30, 363
- Dependenztheorie 607
- Deutsche Wiedervereinigung 192, 246, 331, 354, 556 f., 645
- Dezentralisierung 173, 195 f., 503 f.
- Digitalisierung 207, 403 f., 424, 444, 448
- Direktinvestition 612, 634 f.
- Diskriminierung 104, 205, 360, 389, 391, 396, 398 f., 624
- Drei-Elemente-Lehre 35
- Dyade, dyadisch 635

E

- Eigentumsrechte 39
- Einheitsstaat 99, 190, 445, 462
- Einkommensungleichheit 378, 387
- Einparteienmehrheitsregierung 523, 574
- Energiepolitik 40
- Entwicklungsfälle 607
- Entwicklungsländer 37, 607, 610, 635
- Entwicklungszusammenarbeit 434, 516, 604
- Epistemologie 608
- EU-Erweiterung 515
- Europäische Integration Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 186, 273, 302, 395, 589, 598, 602, 612, 636, 638, 646, 649
- Europäische Kommission 470, 512–516, 636
- Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 568, 637
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 124, 126, 186, 194, 559, 568 f., 587–592, 636
- Europäisches Parlament (EP) 124–126, 183, 185, 194, 213 f., 258, 283, 297, 301 f., 325, 458, 470–477, 488 f., 513, 515 f., 569, 636 f.
- Europäisches Währungssystem 642
- Europäische Union (EU) Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 40, 123 f., 183, 194, 353, 559, 587, 601, 632

- Europäische Währungsunion 641 f.
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 568, 637
- Europäische Zentralbank (EZB) 126, 601, 636, 642–644
- Europäisierung 378, 640
- ex ante-Opportunismus, Adverse selection 535
- Experiment 28, 87–90, 95
- Treatment 89

F

- Fallauswahl 90, 93 f., 98–100
- Fallstudie 57, 93–95, 98 f., 101, 115, 438, 579, 584, 615, 634
- Falsifikation 63, 69
- Falsifizierbarkeit, falsifizieren 80, 82
- Feldexperiment 88, 103 f.
- Feminismus 205, 400
- Feudale Herrschaftsstrukturen 33–36
- Finanzmarkt 143, 646
- Finanzsystem 39
- Fiskalpolitik 40, 196, 351, 382, 631, 642
- Föderalismus 98, 190, 193, 195 f., 198, 335, 461, 578, 586
- Forschung 43 f., 46 f., 49 f., 52–54, 56 f., 61–63, 66, 68, 70–73, 75–78, 81, 89–91, 94, 96, 104 f., 110, 119, 121, 131, 133, 148 f., 158–161, 187, 194–196, 205, 209, 221, 232, 258, 261, 263, 284, 305 f., 318 f., 324, 340 f., 345, 349, 352, 358, 361, 366, 375, 377, 379–381, 383, 398, 403, 405, 412 f., 415, 477, 491, 508, 514, 527 f., 535, 539, 541, 549, 556, 583 f., 587, 592, 594, 596 f., 599, 601 f., 605, 608–610, 612, 615–621, 625–627, 631, 633, 638, 644, 647
- Forschungsdesign 69, 81, 93, 95, 114
- Kontrollgruppe 88 f.
- qualitativ 73, 94, 110
- quantitativ 73, 90
- Fragmentierungsgrad 43, 340, 350, 358, 585
- Französische Revolution 250, 452, 500, 558
- Frauenbewegung 361, 390 f., 398–400
- Freihandel 606, 618 f.
- Freiheit 104, 122, 124, 131 f., 136, 203, 205 f., 314, 362, 437, 460
- Fridays for Future 404
- Frieden 120, 394, 597 f., 613, 618–621, 623, 645, 649
- Friedensbewegung 390
- Friedenspolitik 391
- Funktionalismus 77, 640, 646

G

Gatekeeper 435, 442, 445
Gefangenendilemma 627 f., 632
Geisteswissenschaften 46, 58
Geldpolitik 641–643, 645 f.
Geldwäscherei 633
Generalisierbarkeit 44, 91, 95 f., 106
Gentechnik 50, 71, 361, 401 f.
Geschichtswissenschaft Fehler, Seitenzahl
< 7! Target-Berechnung prüfen!, 27, 47,
53 f., 57
Gesetzesinitiative 242, 247, 387
Gesetzesvorlage 90, 169, 173, 248, 454, 458,
470, 480 f., 485, 488 f., 511, 514, 522, 525,
589
Gesetzgebung 41, 124, 128, 169, 174, 176,
184–186, 242 f., 254, 451–453, 455–458,
463–465, 467 f., 470 f., 473–483, 485 f.,
488 f., 492, 494, 507, 514, 516, 525 f., 552 f.,
573 f., 576 f., 585 f., 588 f.
Gesundheitspolitik 365
Gewaltenteilung 122, 125, 160, 162–165, 174,
178, 183, 186, 190, 192–195, 197 f., 207–209,
278, 460, 471, 482, 485, 494, 498, 554, 561,
563, 572, 585
– horizontal 162, 164 f., 178, 190, 194, 207
– vertikal 162, 164, 183, 190, 192–195, 198,
207, 209, 585
Gewaltmonopol 37, 598, 602, 636
Gewerkschaft 289
Gewinn
– absolut 619
– relativ 619
Gleichberechtigung 391, 396, 399 f., 464,
551, 591, 608
Globalisierung Fehler, Seitenzahl < 7! Tar-
get-Berechnung prüfen!, 36, 40, 202, 273,
331, 348, 378 f., 601–603, 618
Greenpeace 30, 372, 392 f.
Grundannahme 66, 68, 325, 420, 434 f.,
524, 572, 608, 611
Grundgesamtheit 91, 96–98, 101, 106
Grundgesetz 123, 192, 245 f., 362, 466, 499,
508 f., 556 f.
Gut
– kollektiv 368 f.

H

Handelshemmnis 588
Handlungsrepertoire 364, 392 f., 397, 403 f.
Hegemonie, Hegemon 336, 620, 630–632
Hermeneutik, hermeneutisch 42 f., 46 f.,
49 f., 54, 57, 92, 99, 110, 609
Herrschaft, demokratische 119

Heterogenität 82, 202, 231, 351, 379, 585
Hierarchie, hierarchisch 34, 37, 273, 347,
380, 389, 392, 495, 500, 532, 597, 599,
608 f., 636, 641, 647
House of Commons 162, 170, 457, 461
House of Lords 170, 460 f.
humanitäre Intervention 602, 612
Hypothese Fehler, Seitenzahl < 7! Target-
Berechnung prüfen!, 27, 42 f., 46, 50, 65–
67, 69, 71, 75, 79–82, 85, 87–90, 92–95,
98 f., 102, 104–107, 110, 117, 146 f., 149 f., 155,
378, 403, 412–415, 419, 432 f., 481, 528, 534,
537, 597, 605, 607, 611 f., 615, 618–620, 627,
636, 647
– kausale, Kausal- 43, 81, 87, 89, 98, 155,
607, 611
– probabilistische 105

I

Immigration 89, 348, 394
Individuum 64, 134, 259, 289, 307, 362,
366 f., 401, 416, 551
Industrialisierung 156, 225, 269, 320, 356,
362, 374, 453
Industrieländer, Industriestaaten 39 f., 390,
607, 610
Inferenz 66, 98
Inferenzstatistik 106
Inflation, Inflationsrate 100, 351, 382, 387,
543, 641–643, 646
Informationsvermittlung 410, 432
Inhaltsanalyse 104, 324, 415
Initiative 185, 236, 242–245, 249, 251–253,
334, 364, 381, 399, 401, 456, 474, 483, 485,
527, 553 f., 558 f., 568
Input 118, 140, 261, 385
Institutionalisierung 30, 56, 332, 346, 391,
395
Institutionalismus 606, 609 f., 627, 639
Integrations- und Integrationstheorie 638
Interdependenz 268
Interessen 32, 35, 42, 44, 109, 121 f., 140, 146,
172, 184, 193, 195 f., 225, 231, 238, 243 f.,
258, 269, 271 f., 277, 303 f., 312, 315 f., 338,
346 f., 360 f., 363–365, 369–373, 380–382,
385–388, 390, 397, 401, 410, 415, 425, 432,
453 f., 459, 461, 466, 471, 477, 486, 488,
503, 505, 508, 517, 525, 532, 535 f., 539, 545,
557, 561, 572 f., 578, 588–592, 607, 609 f.,
622, 624, 631, 633 f., 638 f., 644, 646
Interessengruppe Fehler, Seitenzahl < 7!
Target-Berechnung prüfen!, 32, 58, 74, 118,
122, 149, 255, 282, 312–315, 346, 360–374,
379–382, 384–386, 388–393, 401, 403–406,

Register

- 409 f., 422, 436, 440, 442, 483, 533, 590 f., 606, 638, 645 f.
- Intergouvernementalismus 638, 644–646
- Intermediäre Politik 32, 360, 381, 385 f., 441, 448
- Internationale Beziehungen Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 59, 596, 601 f., 607, 634
- Internationale Kooperation Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 598, 606 f., 612, 618, 625–627, 630–633, 636, 649
- Internationale Regime 631
- Internationales System 616, 636
- Internationalisierung 403 f., 424
- Internationalismus 609 f.
- Internet 76, III f., 214, 409 f., 420, 430, 444
- Intersubjektive Prüfbarkeit 44
- Investitionsabkommen 635
- ius cogens 600
- J**
- Judicial politics 549
- Judikative Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 118 f., 162, 164 f., 178, 183, 186, 190 f., 193 f., 451, 545, 548–550, 554, 561, 570–572, 580, 582, 589, 593
- Jugendbewegung 390
- Jugendunruhen 393
- K**
- Kabinettsregierung 495 f., 511
- Kalter Krieg 39 f., 42, 129 f., 137, 153, 319, 393, 601, 603, 616, 638
- Kameralwissenschaft 52
- Kantianisches Dreieck 618
- Kapitalismusvariantenforschung 389
- Kapitalmobilität, Kapitalverkehr 646
- Kausalität, Ursache-Wirkungs-Beziehung 43, 46, 62, 67, 72, 75, 82, 292 f., 346, 378
- Kausalmechanismus 92 f., 620, 622
- Kausalzusammenhang 88, 95
- Klimapolitik 81, 89, 314, 633
- Koalition 144, 169, 244, 342, 356, 398, 401, 438, 518–523, 525 f.
- Koalitionsbildung 41, 188, 497, 523, 545
 - übergroß 526
- Koalitionsdisziplin
- Koalitionsdisziplin 169
- Koalitionsmodelle
- Koalitionsmodelle 518 f., 521–523
- Koalitionspartner
- Koalitionspartner 334, 342, 350, 520 f., 523, 525
- Koalitionsregierung
- Koalitionsregierung 170, 188 f., 202, 211, 229–231, 234, 306, 342, 350, 352, 398, 493, 496 f., 508, 518, 523–525, 527
- Koalitionstheorie
- Koalitionstheorie 518, 546
- Koalitionsverhandlungen
- Koalitionsverhandlungen 166, 228, 230 f., 350, 508 f., 525
- Koalitionsvorhersage
- Koalitionsvorhersage 520 f.
- Koalitionszusammenhalt
- Koalitionszusammenhalt 520
- Kognitive Dissonanz 414
- Kollegialregierung 183
- Kollektive Sicherheit 248, 601
- Kolonialisierung 36, 170
- Kolonialverwaltung, Kolonialreich 536 f.
- Kommunikation 57, 281, 409–415, 417, 421, 441–446, 448 f., 563, 611, 619
- Kommunikationskosten 393, 603
 - Kommunikationsmodell 413
 - Kommunikations- und Medienwissenschaft 57
- Konflikt 205–207, 270–272, 336, 346–348, 353, 355, 406, 435, 553, 586, 598, 617, 619
- Konfliktfähigkeit 240, 367, 371–373, 386, 398, 401–403, 406
- Konfliktlinie, Cleavage 268–273, 289, 336, 347 f.
- Kongress 151, 174, 451, 473, 485, 506 f., 584
- Konkordanzdemokratie 398, 529
- Konsolidierung 144, 153, 157, 165, 188
- Konstruktivismus 597, 605, 608–611, 646
- Konsultationsrechte, Beschwerderechte 185
- Kontrollvariable, Drittvariable 67, 81, 98 f., 101, 107, 109
- Konvergenz 632, 646
- Konzeptdefinition 83 f., 122
- Kooperation Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 34, 187, 382 f., 393, 427, 474, 497, 598, 604, 606 f., 610, 612, 618 f., 625–628, 630–637, 649
- Korporatismus 198, 377, 381–385, 387–389, 406 f.
- Korrelation 82, 157, 188, 350, 543 f., 571, 620
- Korruption 159, 198, 362, 433, 541–545, 583, 624
- Korruptionsforschung 542 f.
 - Korruptionsindex 543 f.
- Krieg
- Kriegsursache 603, 607, 615, 648

- Kriegsursachenforschung 607, 615, 623
- Kriegswahrscheinlichkeit 616, 619 f.
- Krise 34, 47 f., 400, 439, 552, 587, 642
- Kultur 47, 193, 208, 250, 261, 270, 272, 342, 347, 446, 588, 610 f., 620

L

- Landwirtschaft 71, 156, 333, 366, 373, 402
- Lebensmittelsicherheit 401
- Legalitätsprinzip 550, 552
- Legislative Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 118 f., 136, 162, 164–166, 168 f., 171, 173–175, 178, 182 f., 185, 187–191, 193 f., 197, 232, 258, 278, 350 f., 451–462, 471 f., 477, 481 f., 485 f., 488 f., 494, 498, 507, 549, 551–554, 561, 563, 571, 580 f.
- Legislativperiode 90, 132, 170, 182, 303, 305, 332, 466, 472, 482
- Legitimation, Legitimität 35, 39, 125, 127, 140, 171, 173 f., 179, 185–187, 195, 241, 252, 254, 260–262, 308, 315, 346, 448, 454, 461, 463 f., 467, 477, 492, 565, 570, 602
- Legitimationsfunktion 252, 315
- Liberaler Intergouvernementalismus 645
- Liberalisierung 40, 155, 424, 428, 433, 548, 604, 606, 630, 646
- Liberalismus 314, 316, 329 f., 597, 605 f., 608–611, 618 f., 621, 626
- Lobbying 386, 392, 404 f.
- Lohnverhandlungen 360
- Luftverschmutzung 388, 605

M

- Macht 34 f., 119, 121, 125, 128–132, 136, 138, 143–145, 155, 158, 162–164, 169, 172, 176, 181, 204, 212, 215, 230 f., 254, 344, 353, 412 f., 428, 453, 455 f., 461, 472, 481, 492, 495, 500 f., 510, 522, 524, 531, 550, 554, 565, 570, 598 f., 606 f., 609 f., 616 f., 622, 631, 638 f.
- Mächtigegleichgewicht 616 f.
- Machttransition 617
- Machtverlust 624
- Marktliberalisierung 602
- Marktöffnung 348, 628 f.
- Marxismus 597, 605, 607, 609–612
- Massenmedien 313, 362, 390, 397, 409, 417, 425, 431, 434, 603
- Kontrollfunktion 252, 316, 422, 431, 439, 448, 454 f., 469, 473, 508
- Logik 61, 87, 99, 136, 145, 226, 249, 372, 434, 436, 470, 534, 588, 621, 629 f., 633, 639
- politische Funktionen 172, 410 f., 431

- Medialisierung 411
- Medianwähler 140 f., 143, 146 f., 301, 325–327, 371, 470
- Medien
 - Berichterstattung 32, 414, 436, 440, 625
 - Medienfreiheit 423
 - Medienkontrolle 446
 - Medienrealität 415, 440
 - Mediensystem 57, 411, 422 f., 425–429, 431–434, 438 f., 442–444, 446 f., 449
 - öffentlich-rechtlich 439, 446
- Mehrebenensystem 517
- Mehrheit
 - absolute 144, 217, 219, 221, 223, 228, 231, 355, 467, 473–475, 484, 487, 518–520, 525
 - einfache 229, 474, 514, 575
- Mehrheitsregierung 523, 574
- Mehrheitswahlrecht 123, 228–230, 234, 326, 346, 527
- Mehrparteiensystem 232, 234, 253, 332
- Meinungsführer
 - in 280, 413
- Menschenrechte 30 f., 64, 122–124, 366, 551 f., 559, 568, 596, 600, 604, 608
- Messvalidität 88
- Methoden Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 27, 54, 57, 60 f., 70, 73, 76, 89, 92 f., 95 f., 99, 102, 104, 106, 115, 150, 219, 325, 579
- qualitative 93, 95, 102, 104, 579
- quantitative 92, 95, 104
- Migration 36, 265, 273 f., 298, 331, 360, 394, 396, 603, 647
- Militär 93, 122, 129–132, 144, 155, 602
- Militärjunta 129
- Militärregime 127, 129 f., 132, 144, 188 f.
- Minderheitskoalition 530
- Minderheitsregierung 231, 497, 523–525
- Misstrauensvotum 166, 169, 176, 180, 183, 455, 463, 473, 492, 499, 515, 524
- Mobilisierung, Mobilisierbarkeit 243, 245, 281, 286, 334, 361, 363 f., 369, 402–404
- Modell
 - räumliches 199, 209, 573, 584 f., 589
- Modernisierung, Modernisierungsprozess 272, 284, 290, 378 f.
- Monarchie 128, 460, 557
- Most Different Systems-Design 98 f.
- Most Similar Systems-Design 98, 481
- Multikulturalität 391
- multinationaler Konzern 605, 607
- multipolar 611, 613, 616–618

Register

N

Nachrichtenwerttheorie 435
nationale Selbstbestimmung 36
Nationalismus 35
Nationalrat
– Österreich 457
Nationalsozialismus 362, 552
Nationalstaat 125 f., 191, 269 f., 272, 347, 638
Naturwissenschaften Fehler, Seitenzahl < 7!
Target-Berechnung prüfen!, 44
Neofunktionalismus 640
Neoliberaler Institutionalismus 609 f.
Neoliberalismus 606
Netzwerk 129, 314
Neuer Konstitutionalismus 556
New Public Management 504, 539
Nichtregierungsorganisationen
(NGOs) 40, 392 f., 406, 597, 601 f., 609
Nordatlantisches Verteidigungsbündnis
(NATO) 248, 331, 600, 630, 632
Normativ 49
Normenkontrolle 562, 565
– präventive 562
– repressive 562
Nuklearmächte 39

O

Öffentlicher Diskurs 437, 445
Öffentlichkeitsstrategie
– Ereignismanagement 437
– Public Relations 450
– symbolische Politik 440
– Themenmanagement 437
Ontologie 63 f., 608
Operationalisierung 68, 85–87, 101 f., 104,
133, 135, 137, 263, 309, 324, 388
Opportunitätskosten 618
Opportunitätsstruktur 403
Oppositionspartei 172, 231, 253
Optimaler Währungsraum 642
Organisation für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung (OECD) 105,
374–377, 388, 454, 503 f., 523, 634
Organisationsfähigkeit 366, 368, 370 f., 379,
397
Organisierte Kriminalität 603, 640
Output 118, 140, 261–263

P

Panel-Daten 583
Parkinsons Gesetz 536 f.
Parlament Fehler, Seitenzahl < 7! Target-
Berechnung prüfen!, 41, 58, 90, 124–126,

128, 162, 165 f., 168–173, 175 f., 179 f., 182 f.,
185, 188, 192, 194, 213 f., 217, 220–222, 226,
228, 232 f., 235–237, 239–243, 248 f., 252 f.,
258, 263, 283, 297, 301 f., 306 f., 314 f.,
325, 328, 332, 334, 337 f., 340, 342, 351 f.,
356 f., 360, 363 f., 374, 380 f., 405 f., 409,
451 f., 454–460, 462, 466, 468–471, 473 f.,
476 f., 482 f., 488 f., 492, 494–499, 503,
505–507, 509 f., 512 f., 515–520, 522 f., 526–
529, 532 f., 538 f., 543, 546, 552–554, 558,
564, 567, 569 f., 572–578, 582, 584 f., 589,
599, 636 f.
Parlamentarismus 233, 460, 497–499, 524
Parteidisziplin 168–170, 172, 174, 186, 188 f.,
229 f., 459, 469
Parteiensystem 72, 188, 228, 232, 234, 254,
268, 293, 295, 312 f., 326, 328, 332, 334–336,
339–347, 349–359, 398, 405, 443, 446, 475,
572
Parteienwettbewerb 85, 87, 297, 316, 332,
341, 343 f., 353, 355, 446
Parteiprogramm 324–326, 329, 338 f., 523,
527
Peer Review-Prozess 112
Petition 247, 368
Pfadabhängigkeit, pfadabhängig 385 f.
Philosophie Fehler, Seitenzahl < 7! Target-
Berechnung prüfen!, 46 f., 52 f., 60, 62,
608
Plagiat 69
Planwirtschaft 40
Pluralismus, pluralistisch 50, 83, 124, 342 f.,
345, 355 f., 377, 380–386, 388, 390, 406 f.,
425 f., 432 f., 441, 446, 448
Policy 41, 198 f., 202, 207, 259 f., 262, 300,
313, 403, 480, 519, 522 f.
Politics 41, 549, 607 f., 614
Politikdiffusion 635
Politikfeld 71, 141, 387, 471, 474 f., 516, 627,
632
Politikwissenschaft
– empirisch-analytische Fehler, Seitenzahl
< 7! Target-Berechnung prüfen!, 61 f.,
70, 72, 92, 106, 117, 159, 541
– vergleichende Fehler, Seitenzahl < 7!
Target-Berechnung prüfen!, 56, 59, 102,
104, 198, 345, 389, 634
Politische Gewalt 351, 598, 612 f., 618
Politische Öffentlichkeit 404, 411, 622
Politische Ökonomie Fehler, Seitenzahl <
7! Target-Berechnung prüfen!, 53, 57
Politische Partizipation 134, 136, 141, 195 f.,
198, 258, 283, 333
Politische Philosophie 52, 60, 62
Politischer Regimetyp 105

Politischer Wettbewerb 121, 126 f., 129, 134, 136, 318, 323, 325, 388, 446 f.
Politisches Handeln 30, 32, 41, 539, 599
Politisches System Fehler, Seitenzahl < 7!
 Target-Berechnung prüfen! f., 29, 32, 51, 58 f., 64, 85 f., 104, 117–119, 122, 124, 127, 129, 132, 137, 140, 145, 148, 155, 157 f., 163 f., 185, 193, 197, 199, 202 f., 208, 215, 221, 232 f., 243, 252 f., 260 f., 263, 265, 267, 270, 278 f., 282, 284 f., 290, 297, 308, 315, 326, 343, 346, 354, 360 f., 363, 377, 379 f., 398, 406, 410 f., 414, 425, 451, 454, 470, 488 f., 530, 554, 574
Politische Theorie 62, 324
Polity 41, 90, 92, 105, 134–137, 203
Polizeywissenschaft 52
Popularität 140, 149
Präferenzordnung 487
Präsidentchaftswahl 73, 100, 174, 443
Presse 409 f., 423 f., 429, 433, 543
Pressefreiheit 122, 133 f., 139, 423, 433, 583
Prinzipal-Agent-Modell 534 f.
Prognose 51, 72, 100, 307, 518–520, 522
Propaganda 390, 413
Protektionismus Fehler, Seitenzahl < 7!
 Target-Berechnung prüfen!, 271, 604, 618, 628 f.
Protest 243, 390 f., 394, 396, 405
Protestbewegung 360, 390 f., 393, 402, 404
Prozessmodell 397
Psychologie Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 27, 53, 57, 307, 420

Q

Quasi-Experiment 89
Quasi-Staat 37 f., 600
Quotenstichprobe 97

R

Randomisierung 28, 88
RAS-Modell 417–420, 448
Rassismus 205, 360, 394, 400
Rational Choice-Theorie 77, 80, 84
Realismus 597, 605–611, 616–618, 626 f., 630 f., 638 f.
Rechtspopulismus, rechtspopulistische Parteien 72, 204 f., 348, 393
Rechtssicherheit 142, 149
Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit 122, 124, 134, 160, 163 f., 203, 260, 269, 531, 550–552, 564, 568, 586, 593 f., 620
Rechtswissenschaft 47, 53 f., 57, 588
Redaktionelles Verhalten 435

Referendum
– fakultatives 237–240, 242 f., 247 f.
– obligatorisches 236, 241, 246, 248
Reformfähigkeit 71, 201 f.
Regierung Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 37, 41, 43, 58, 82, 106 f., 109, 120 f., 125, 128 f., 133, 140 f., 143–145, 165 f., 168–170, 172 f., 176, 179–182, 188, 204 f., 215, 221, 223, 227 f., 231, 233–237, 239–244, 248 f., 258, 305 f., 314, 331, 333, 335–338, 340–342, 344, 351 f., 354, 356 f., 360, 363 f., 380 f., 383, 388, 406, 409, 431–433, 438 f., 446 f., 451, 453–458, 463, 466, 468, 470, 472 f., 482 f., 485 f., 488 f., 492–494, 496–512, 518 f., 524–534, 536, 538–540, 543, 545 f., 548, 552–554, 563–565, 570–573, 575–578, 582, 584 f., 589, 599 f., 625, 629
– Regierungskrise 179
– Regierungsreferendum 237, 240–242, 246 f., 254
– Regierungsstabilität 227, 253, 497, 528
Regierungssystem Fehler, Seitenzahl < 7!
 Target-Berechnung prüfen!, 123, 162, 165 f., 168–184, 186–191, 196 f., 207, 216, 229, 240, 247, 253, 350 f., 451, 454, 473, 492, 494, 510 f., 518 f., 528, 634
– parlamentarisches 123, 165 f., 168 f., 171, 174, 178, 186, 189, 197, 229, 240, 247, 350, 454, 473, 492, 494, 518 f.
– präsidentielles 123, 165 f., 168, 171–177, 187, 216, 253, 350, 451
– semi-präsidentielles 165, 175–177, 451
Regressionsanalyse 79 f., 106 f.
Regressionskoeffizient 108
Regulierung 71 f., 136, 225, 447, 492, 502, 506, 514, 540 f., 634
Reliabilität 44, 86
Replizierbarkeit 94, 136
Repräsentation 125, 184, 211, 221, 233 f., 303 f., 309, 335, 453, 462, 466, 472
Repression 392, 403, 405, 603, 624
Responsivität 67, 203, 207, 221, 253, 259, 433
Ressourcenmobilisierungstheorie 397
Revolution 130, 155, 225, 243, 250, 269, 271 f., 320, 347, 362, 375, 397, 452, 500, 558, 612
richterliche Unabhängigkeit 563 f., 570 f., 582 f.
Richtlinie 167, 242, 471
Richtlinienkompetenz 167, 509–511
Rückwärtsinduktion 629
Rudeljournalismus 436
Rundfunk 423 f., 428, 444, 448

Register

S

Sanktion, Sanktionierung 41, 369, 503, 601, 632
Scheinkorrelation 156, 188
Schweiz Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen! f., 34 f., 38, 44, 54, 56, 59, 112, 119, 123 f., 137, 152, 163, 165, 178, 181 f., 190–194, 201 f., 204 f., 212–214, 216–218, 220, 223 f., 227, 231, 239 f., 242, 245, 248–253, 281, 293, 296 f., 310 f., 313, 317, 325, 328, 335–339, 343 f., 346, 353, 356 f., 359 f., 362 f., 365 f., 374–376, 384, 386, 391, 394–396, 401, 403, 410 f., 423, 426 f., 429–431, 445, 449–451, 457–459, 462 f., 465, 469 f., 482, 484, 490, 492, 495, 499, 508, 511, 516, 526 f., 529, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552 f., 557 f., 563–565, 567 f., 577–579, 581, 586, 593, 640
Sekundärdaten 90, 104 f., 543
Selbstbestimmung 36 f., 604
Selbsthilfesystem 607, 609
Selection bias 99 f.
Selektoratstheorie 144 f., 352
Serbien 153, 155
Sezession 599, 612
Sicherheit 39, 72, 110, 189, 194, 248, 272, 333, 338, 350, 437, 601 f., 607, 616
– Sicherheitsdilemma 616, 629
– Sicherheitspolitik Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 56, 206, 513 f., 516, 603 f., 629, 637
– Sicherheitsrat 39, 601 f.
Situationsstruktur 633 f.
Skaleneffekt 503
Souveränität 117, 235, 338, 434, 598 f., 601, 604 f., 638, 642
Souveränitätsprinzip 598
Sozialausgaben 573
Soziale Bewegung 389 f., 398 f., 401 f.
Soziales Handeln 29 f., 41
Sozialisation 288, 316, 409, 632
Sozialisationsprozess 289, 291, 640
Sozialismus 294, 314, 331, 609 f.
Sozialkapitalforschung 389
Sozialpartnerschaft 382, 388, 390
Sozialpolitik 56, 338
Sozialstaat 207, 387
Sozialwissenschaften 46, 53 f., 60, 87, 102, 206, 264
Soziologie Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 53 f., 57, 316
Spieltheorie 84, 622, 632
– Gleichgewicht 327, 616, 629
Spill-over-Effekte 640

Staat

– Staatsausgaben 39 f., 140, 142, 189, 350, 373, 382, 457, 642 f.
– Staatsgewalt 34 f., 120 f., 165, 197, 390, 409, 451, 549 f.
– Staatskunde 27
– Staatsquote 39
– Staatsstätigkeit 195, 499, 504
– Staatsverschuldung 196, 351, 387, 642
– Staatswissenschaft 52
Stabilität 35, 40, 57, 72, 84 f., 149, 151, 169, 187 f., 198, 202, 207, 227, 234, 262, 289, 308, 349 f., 355, 360, 378, 434, 496, 501, 517, 545, 609, 613, 616, 630, 643
Städtebund 32–35
Stadtstaat 32–35, 120, 460
Statistik 57, 106, 296 f.
Steuern 33, 37, 39 f., 146, 149, 157, 189, 192, 197, 366, 452, 500, 630
– Steuerhinterziehung 605, 633
– Steuerhoheit 636
– Steuerquote 39 f.
Stichprobe 43, 91, 97, 100, 106, 265
Stimulus-Response-Modell 412 f.
Streik 155, 367, 372, 387 f., 390
Streitschlichtungsverfahren 635
Subvention 424
Supranationalismus 638 f., 641, 644, 646
Sustainable Development Goals (SDGs) 604
System
– autokratisches 117, 127, 129 f., 132 f., 140 f., 144 f., 149, 152, 155–157, 161, 188, 360
– internationales 36, 38, 117, 153 f., 496, 597–599, 601 f., 604–609, 611–613, 616–618, 625, 627, 630, 634, 636
– supranationales 601

T

Technologie 401
Territorialstaat 32–36, 596
Terrorismus 351, 603, 612 f., 615
Theokratie 32 f.
Theoretisches Argument 62, 66, 72, 76, 92, 94 f., 105, 137, 195, 352
Theoriebildung 78, 81, 360, 415, 609, 611
Theorie des kollektiven Handelns 361, 367, 369, 371, 373, 379, 397, 407, 632
Theorie hegemonialer Stabilität 630
Theorienpluralismus 605
Transaktionalismus 639, 646
Transaktionskosten 645

Transparenz 44, 91, 139, 195, 258, 366, 386, 422 f., 622
Trittbrettfahrerproblem 368, 370, 632 f.

U

Überdeterminiertheit 93
Umfragedaten 91, 266
Umverteilung 39, 141, 268, 274
Umweltpolitik Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 41, 56, 72, 198, 365, 385, 388, 516, 635
Umweltschutz Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 85, 143, 199, 201, 272 f., 351, 385, 388, 391 f., 538, 596, 631
Unsicherheit 67, 69, 91, 240, 437, 440, 533
Untersuchungseinheit 96
Untersuchungsform 87, 91, 93, 95 f., 99, 101, 106
– experimentell 87, 89 f., 95
– nicht-experimentell 87, 89, 95
– qualitativ 87, 90, 92–94
– quantitativ 91 f., 94
– quasi-experimentell 87
Untersuchungsgegenstand 66, 73, 92, 596

V

Validität 44, 86–89, 91–93, 98, 137, 543
– externe 88, 91, 93
– interne 88 f., 92 f., 98
Variable
– abhängige 67, 82, 88, 91, 93, 98, 101, 106–108, 110, 345, 528
– diskret 135
– unabhängige 67, 82, 91, 98, 101, 106, 345, 349
Varieties of capitalism 389
Verbandsdemokratie 390
Verbraucherschutzorganisation 401
Verein, Vereinigung, Vereinswesen 35, 53–55, 330, 334, 362–365, 392
Vereinte Nationen
– Generalversammlung 37, 39
– Sicherheitsrat 39, 601 f.
Vereinte Nationen (UN) 30, 37, 544, 600
Verfassungsgericht 124 f., 548, 552 f., 555, 560, 562–565, 567 f., 570, 572–580, 584–586, 590
Verfassungsgerichtsbarkeit 164, 191–194, 485, 545, 550, 555, 560–563, 565–568, 571 f., 579–584, 586 f., 589, 592–594
Verfassungsgerichtshof, österreichischer 560, 566

Verhältnismäßigkeitsrecht 228 f., 234, 445, 467, 469
Verwaltungsmodell
– deutsches 501
– französisches 500, 502
– US-amerikanisches 500 f.
Verwaltungsorganisation 503
Verwaltungswissenschaft 52
Vetospieler
– in 61, 71, 74, 78, 80, 82–84, 87, 96, 106–109, 113, 163, 198–202, 207, 209, 477, 486, 573
Vetospieleransatz 61, 80, 82, 202, 207, 477, 573
Völkerbund 37, 606
Völkerrecht 35, 552, 559, 567 f., 600
Volksbefragung 240, 245–247, 252
Volksbegehren 246–248
Volksinitiative 236 f., 242–245, 247–251, 254, 430, 483, 553, 568
Volkspartei 231, 295 f., 317 f., 320, 328 f., 331–333, 336–338, 343, 354
Volksouveränität 120, 250 f.
Vollerhebung 96 f.

W

Wahlen Fehler, Seitenzahl < 7! Target-Berechnung prüfen!, 30, 32, 44 f., 51, 58, 85–87, 97, 117, 119–123, 127 f., 130, 134, 136, 139, 141, 143 f., 152, 159 f., 163 f., 170, 179, 182, 203, 208, 211–215, 220–222, 227–229, 234 f., 244, 252–255, 258, 265, 281–287, 293 f., 296 f., 301–303, 313 f., 325 f., 330, 333, 342, 354, 381, 385, 392, 398, 412, 419, 437, 446 f., 451, 454, 466, 470–472, 477, 506, 524, 527, 557, 572
– Wahlergebnis 45, 66, 144, 216, 218, 222, 266, 284, 294, 301, 306, 330 f., 448, 496
– Wahlforschung 51, 56, 266 f., 280 f., 288, 311
– Wahlkampf 46, 103, 231, 297, 302, 316, 364, 441–444, 446, 448
– Wahlkampfkommunikation 441, 443–445, 447
– Wahlrecht 141, 152, 212–215, 295, 399, 453, 461, 551–553, 557
– Wahlsystem 99, 123, 162, 197, 211, 216 f., 219–229, 232–234, 253, 286, 302, 304 f., 345 f., 350 f., 445, 453, 462, 464, 470, 472, 529
– Wahlverhalten 43–46, 74, 77, 89, 258, 263, 266 f., 281, 288 f., 291, 293, 301, 304 f., 307, 309 f., 414, 443
Währungspolitik 516, 636, 641 f., 644, 646

Register

- Währungsschlange 642
Währungsstabilität 142, 538, 645
Währungsunion 601, 637 f., 641–643
Wechselkurs 644
Weimarer Republik 53 f., 250, 329 f., 343,
353, 362, 501, 524, 552, 587
Weltbank 105, 540–542, 631
Welthandel 596, 631
Welthandelsorganisation (WTO) 31, 631,
634
Weltwirtschaft 73
Weltwirtschaftskrise 39
Westfälischer Frieden 34
Wiedervereinigung 192, 246, 331, 354,
556 f., 645
Winning coalition 144 f.
Winset 199–202
Wirtschaftsinteressen 106, 385 f., 401
Wirtschaftspolitik 56 f., 63, 165, 189, 365,
374, 382–384, 646
Wirtschaftswachstum Fehler, Seitenzahl <
7! Target-Berechnung prüfen!, 81, 146,
148 f., 273, 382, 387 f., 433, 630
Wirtschaftswissenschaft Fehler, Seitenzahl
< 7! Target-Berechnung prüfen!, 52 f., 57,
148
Wissenschaftliche Theorien 62, 572
Wissenskluft-Hypothese 419
Wohlfahrt 39, 104, 141, 150, 432, 603
Wohlfahrtsstaat 189, 264 f., 268, 497
Wohlstand 35, 39, 145 f., 189, 596, 603, 618,
624
- Z**
- Zentralbank 126, 601, 636, 641 f., 645
Zentralisierung 444, 504, 560
Zölle 596
Zufallsstichprobe 28, 97, 264
Zweikammersystem 460–462, 468, 483,
488, 575